Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1897

16 (20.1.1897) I. Blatt

Visual Library

Ausgabe: Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pfg., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pfg. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung.

Redaktion und Expedition: Hirschstraße 2. Telephonanschluß Nr. 401.

Anzeigegebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., im Reklamentheile 60 Pf.
Bemerkungen: Unbenützt gebliebene Einsendungen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honorar-Ansprüche keine Berücksichtigung finden.

Nr. 16. I. Blatt. Karlsruhe, Mittwoch, den 20. Januar 1897

Der außerordentliche badische Landtag.

* Der außerordentliche Landtag ist gestern wieder geschlossen worden, nachdem er in wenigen Sitzungen die ihm gestellte Aufgabe erledigt hatte. So bedeutungsvoll die vom Landtag auf den Antrag der Großh. Regierung beschlossene Maßregel für die Staatsverwaltung wie für weite Volkskreise, erwerbende sowohl wie besitzende ist, so konnte doch in beiden Häusern des Landtags je in einer einzigen Sitzung nach verhältnismäßig kurzen, rein sachlichen Beratungen ein einstimmiger Beschluß gefaßt werden. Die Regierung, speciell das Finanzministerium, hat die Konversionsvorlage, deren Unabweisbarkeit und Unaufschiebbarkeit von keiner Seite bestritten wurde, nach allen Richtungen hin so gewissenhaft erwogen und so zweckmäßig ausgearbeitet, daß schwerwiegende Bedenken gegen keinen einzigen Punkt der Vorlage erhoben wurden; die Meinungsverschiedenheit über die zweckmäßigste Dauer der „Schonzeit" greift nicht so tief, daß sie gegenüber der allgemeinen grundsätzlichen Uebereinstimmung in Betracht kommen könnte.

Ueber die Wirkung der Konversion sagt der erst nach der Beratung gedruckte Kommissionsbericht des Abg. Hug:

Die Wirkung der Konversion ist total verschieden, ja geradezu entgegengesetzt, je nachdem man sich auf den Standpunkt des Schuldners (Staates) oder der Gläubiger (Inhaber der 4proz. Staatsschuldbriefe) stellt. Für den Staat bringt die auf die Summe von 236 870 231.06 M. auszudehnende Konversion eine willkommene Zinsersparnis, die sich für's erste Jahr auf 1 184 351.16 M. belaufen wird. Auch ist diese Maßregel ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit, denn es wäre unbillig, wenn der Staat fortdauernd einen höheren Zins an die Staatsgläubiger bezahlen würde als nach dem Stande des Kapitalmarktes begründet wäre, es würde durch Fortleistung eines wirtschaftlich zu hohen Zinses eine Klasse der Staatsangehörigen (Inhaber konvertierbarer Staatsschuldbriefe) auf Kosten sämtlicher Steuerpflichtigen ungebührlicher Weise begünstigt und würden an dieser Begünstigung auch die ausländischen Besitzer von 4proz. Staatspapieren teilnehmen.

Für die Staatsgläubiger dagegen ist die Konversion eine Schmälerung ihrer Zinsbezüge aus den betreffenden Staatsobligationen. Mag nun auch von den größeren Kapitalisten der Ausfall an Zinsen unschwer getragen werden können, so empfinden dagegen die sog. kleineren Leute, z. B. Beamte und Geschäftsleute mit mäßigem Einkommen, Witwen und Waisen, die auf den Bezug eines knappen, kaum zum Unterhalt hinreichenden Zinseinkommens angewiesen sind, den Zinsrückgang sehr schmerzlich, sie sind vielleicht genötigt, in ihrer Lebensweise sich drückende Einschränkungen aufzuerlegen. Auch wird die Kaufkraft und Steuerkraft der Staatsgläubiger durch die Herabsetzung des Zinsfußes geschwächt, bei jenen Kapitalisten, deren Einkommen ausschließlich in Zins aus der Konversion unterliegenden Staatsobligationen besteht, beträgt ja die Einbuße den achten Teil ihres ganzen Einkommens oder 12½ Proz.

Eine besondere Aufmerksamkeit verdient die Wirkung der Konversion für Wohlthätigkeits-, Unterrichts- und kirchliche Stiftungen, deren Vermögen zum großen Teil in badischen Staatspapieren angelegt ist. Namentlich besteht das kirchliche Pfründevermögen zu einem sehr erheblichen Teil in badischen Staatspapieren, die im Jahre 1872 für die Pfründen angekauft wurden, nachdem die Pfarrzehntablösungskapitalien, welche früher in Verwaltung des Staates standen, aus dem Anteil Badens an der französischen Kriegskontribution an die beiden Kirchen: die evangelisch-protestantische und die katholische heimbezahlt worden waren. Die Zwecke der bezeichneten Stiftungen können bei den sinkenden Zinseinnahmen aus den Erträgnissen des eigenen Grundstocksvermögens vielfach nicht mehr erfüllt werden, was die Folge hat, daß der Staat und die Gemeinden, seien es die politischen oder die Kirchspielsgemeinden, hilfsweise einstehen müssen.

Auch die Sparkassen, die einen beträchtlichen Teil ihres Vermögens in 4proz. badischen Staatspapieren angelegt haben, werden durch die Konversion getroffen, sie erleiden durch den Rückgang des Zinsfußes Einnahmeausfälle, welche sie nötigen, die von ihnen für die Spareinlagen zu zahlenden Passivzinsen herabzusetzen, was für ihre zahlreichen weniger bemittelten Einleger sehr zu beklagen ist.

Unter den Staatsgläubigern sind schließlich noch die Versicherungsanstalten, sei es, daß sie staatlichen oder privaten Charakter haben, hervorzuheben. Auch ihr Kapitalvermögen ist teilweise in 4proz. Staatsobligationen angelegt. Der Versicherungsplan dieser Anstalten, die Normierung der Prämien und sonstigen Beiträge ist auf die Voraussetzung eines bestimmten Zinsfußes aufgebaut und droht natürlich die Gefahr einer Erhöhung der Prämien für später eintretende Mitglieder, wenn der thatsächlich sich ergebende Zinsfuß unter den der Berechnung des Versicherungsplanes zu Grunde gelegten Zinsfuß herabsinkt.

Das Sinken des allgemeinen Zinsfußes, das in der Konversion der Staatsanlehen seinen unvermeidlichen Ausdruck findet, erstreckt sich indes in seiner Wirkung nicht bloß auf die Nächstbeteiligten, den Staat und seine Gläubiger, sondern es schlägt noch weitere Wellen in dem Strom des Erwerbslebens, es schafft eine Aenderung in der Verteilung des Volkseinkommens, und übt so einen tief eingreifenden Einfluß auf die Volkswirtschaft aus.

Während die Zinsbezüge der Gläubiger (Kapitalbesitzer) bei sinkendem Zinsfuß geschmälert werden, so stehen diesem bedauerlichen Vorgang doch erhebliche volkswirtschaftliche Vorteile gegenüber, denn ein billiger Zins ermöglicht der Landwirtschaft, dem Gewerbe und der Industrie, den Betrieb durch Anwendung von Kapital auszudehnen und zu vervollkommnen und im Falle der Verschuldung die Zinslast zu ermäßigen.

Daß die Vorlage von der Absicht sich leiten ließ, die unabweisbare Maßregel mit jeder möglichen Schonung und Milde gegen die Staatsgläubiger durchzuführen, ist im Landtag wiederholt ausdrücklich anerkannt und gebilligt worden.

Die Beratungen gaben dem neu ernannten Ministerialdirektor im Finanzministerium, Herrn Becker, Gelegenheit, sich dem Hause vorzustellen. Die gewandten und klaren Ausführungen desselben machten einen sehr günstigen Eindruck.

Der Geschäftsfriede der kurzen Tagung ist durch nichts gestört worden. Auch in der vom Abg. Fieser zur Sprache gebrachten Angelegenheit, betr. die Bevorzugung der auswärtigen Presse gegenüber der einheimischen bei der Veröffentlichung amtlicher Mitteilungen, herrschte völlige Uebereinstimmung sowohl unter den Parteien als zwischen dem Hause und der Regierung. Ja sogar in der Presse Badens, die sich im allgemeinen gegenseitig heftiger als sonstwo bekämpft, scheint über diesen Punkt nur eine Meinung zu bestehen. Die gesamte Presse ist Herrn Fieser dankbar, daß er die Sache zur Sprache gebracht hat, und ebenso ist die entgegenkommende, loyale Erklärung des Finanzministers überall mit Befriedigung begrüßt worden. Die klare und bestimmte Art, mit der die Angelegenheit im Landtag erledigt wurde, berechtigt zu der bestimmten Hoffnung, daß die praktischen Folgen nicht ausbleiben.

Vom Tage.

* Karlsruhe, 19. Jan.

Zum Prozeß Tausch.

Die „Voss. Ztg." meinte kürzlich, daß Herr v. Tausch erst unter Fürst Bismarck nach Berlin gekommen sei. Im Zusammenhang klang diese Stelle gerade so, als ob Bismarck, sobald er in's Amt gelangt war, das Bedürfnis empfunden hätte, Herrn v. Tausch, den er von früher her als tüchtigen und geschickten Beamten gekannt habe, nach Berlin zu berufen, wo er dann nach Angabe des genannten Blattes eine Rolle gespielt habe. Die „Hamb. Nachr." treten dieser Darstellung in folgender Ausführung entgegen:

„Für das dienstliche Verhalten des früheren Polizeikommissärs und für dessen Anstellung hatte das Auswärtige Amt keinerlei Verantwortung. Der mehr eifrige als geschickte Beamte stand ursprünglich im Dienste der elsaß-lothringischen Statthalterschaft, und in Berlin gehört die Polizei nicht zum Ressort des Auswärtigen Amtes, sondern zu dem des Ministeriums des Innern. Letzteres würde sofort die Kabinettsfrage gestellt haben, wenn der auswärtige Minister sich in Personalfragen der inneren Anstellungen hätte mischen wollen. Wir glauben nicht, daß Fürst Bismarck und Herr v. Tausch jemals in Berührung gekommen sind und daß der erste Reichskanzler den unter ihm angeblich eine Rolle spielenden Beamten auch nur vom Ansehen gekannt hat. Wenn Herr v. Tausch in Berlin überhaupt eine Rolle gespielt hat, so kann dies nur unter der Aegide des Ministeriums des Innern geschehen sein. Wir hoffen, daß die öffentliche Vernehmung des Herrn v. Tausch sehr bald über diese Thatsachen Klarheit gewähren wird und daß ähnliche Entstellungen der Wahrheit, wie wir ihnen in der „Voss. Ztg." begegnet sind, dann unmöglich werden. Wir wiederholen: Herr v. Tausch scheint ein sehr eifriger Polizist gewesen zu sein, ob im eigenen dienstlichen Antriebe oder im Auftrage von Hintermännern ist bisher nicht klar gestellt, was wir lebhaft bedauern. Wenn er Hintermänner hat, so vermuten wir, daß sie ganz wo anders sitzen als da, wo man sie bisher gesucht hat, und es wäre daher zur Beruhigung in dieser Richtung zu wünschen, daß der Prozeß gegen Herrn v. Tausch mit etwas mehr Beschleunigung betrieben wird und nicht etwa im Sande verläuft. Wir haben in offiziösen Blättern, zum Beispiel im „Hamb. Korrespondenten", Versuche gelesen, diesen Prozeß ins Licht einer großen politischen Aktion zu stellen. Er wurde in Parallele gebracht mit dem Halsbandprozeß der Königin Marie Antoinette, mit dem Scheidungsprozeß der Königin Karoline von England, mit Struensee u. s. w. Etwas Lächerlicheres ist kaum dagewesen, als diese historischen Vorgänge und Figuren mit den Herren Tausch, Leckert und Genossen zu vergleichen; man muß schon Leser offiziöser oder sozialdemokratischer Blätter sein, um auf solchen Unsinn zu stoßen. Wir haben kein Bedürfnis, uns klarzumachen, welche Gründe die offiziöse Presse haben kann, den subalternen Injurienprozeß von Moabit, von dem wir sagen müssen: tant de bruit pour une omelette!, auf den Piedestal einer großen potitischen Aktion stellen zu wollen. Wenn nicht Herr v. Tausch jetzt noch Enthüllungen zum Vorschein bringt, so wird die lateinische Fabel vom nascetur ridiculus mus durch diesen Prozeß seine Bestätigung finden. Einstweilen aber scheint die öffentliche Neugierde noch längere Zeit auf die Endresultate warten zu sollen."

Deutscher Reichstag.

* Berlin, 18. Jan.

(Schluß.)

Abg. Lenzmann (fr. Vp.): Er sei im Falle Schröder und Ziethen damit beschäftigt, ein Wiederaufnahmeverfahren einzuleiten. Er habe sich dazu nach genauer Prüfung entschlossen. Er bedauere, daß der Minister die betreffenden gerichtlichen Urteile gleichsam als unfehlbar hingestellt habe. Im Falle Schröder seien nach seiner Ansicht die Geschworenen gegenüber den Entlastungszeugen für Schröder, welche Sozialdemokraten waren, vielleicht voreingenommen gewesen. Ich werde neue, nicht sozialdemokratische Zeugen beibringen, welche beweisen werden, daß der Gensdarm Münter gewaltthätig war und die sagen werden, daß Münter den Schröder angefaßt und gestoßen habe. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Fall Ziethen ist allerdings sehr dunkel und liegt weit zurück. Aber ich hoffe beim Wiederaufnahmeverfahren die Angelegenheit in ein anderes Licht zu rücken. Ziethen wird übrigens im Zuchthause sehr human behandelt. Der Barbiergehilfe, der sich selbst wiederholt des Mordes an Frau Ziethen bezichtigt hat, befindet sich zur Zeit im Gefängnis der Fremdenlegion zu Algier. Ich werde dessen Vernehmung nochmals beantragen. Man hat auch noch neue Zeugen aufgefunden. Man hat ferner dem Ziethen nahegelegt, die Gnade des Kaisers anzurufen. Er hat dies im Gefühle seiner Unschuld abgelehnt. Den Zeugniszwang gegen Redakteure und andere im Dienst der Presse thätige Personen halte ich für bedauerlich und seine Beseitigung für dringend erwünscht. Nach dem bestehenden Gesetz halte er ferner den Zwang im Verfahren gegen Unbekannt nicht für gesetzlich. Auch wird das Verfahren nicht gleichmäßig gehandhabt. Man ist gegen den Redakteur der „Hamburger Nachrichten" in Sachen der staatsgefährlichen Enthüllungen nicht vorgegangen, weil man wahrscheinlich fürchtete, auf eine Person zu stößen, der man nicht gern zu Leibe gehen möchte.

Justizminister Schönstedt bemerkt kurz, es habe ihm durchaus ferngelegen, gegen die Wiederaufnahme des Falles Ziethen Stellung zu nehmen.

Abg. Auer (Soz.) fragt an, wann endlich die Regelung des Strafvollzuges stattfinden solle. Er geht auf einzelne Fälle ein, die eine Regelung dringend erheischen. Interpellationen und Petitionen haben mehrfach auf die schweren Mißstände im Strafvollzuge hingewiesen. Trotz früheren Versprechungen ist es aber damit in letzter Zeit noch schlimmer geworden. Redakteure würden wie gemeine Verbrecher behandelt und mit dem Anfertigen von Filzpantoffeln und mit Stuhlflechten beschäftigt. Einen Redakteur wegen eines Preßvergehens mit gefesselten Händen über die Straße zu transportieren und mit gemeinen Verbrechern zusammenzukuppeln, sei ein Skandal, ein niederträchtiges und gemeines Verfahren.

Staatssekretär Nieberding erklärt, wenn es dem Vorredner in der That um Besserung der Zustände zu thun sei, warum wende er sich denn nicht vorher an die zuständigen Instanzen? Er müsse Beweise für die angeblichen Vorgänge verlangen. Die Instanzen seien die Einzelregierungen. Das Reichsjustizamt sei nicht zuständig für die einzelnen Fälle und könne sie auch nicht kennen. Richtig sei ja, daß die Frage des Strafvollzuges eine alte sei. Die Reichsverwaltung teile das Bedauern, daß der Strafvollzug noch nicht geregelt sei. Aber die Verwaltung habe keine Schuld an der Verzögerung, die finanzielle Seite der Frage hat eine Regelung bisher verhindert. Von größter Tragweite sei auch, daß die Anschauungen über den Strafvollzug große Wandlungen erfahren haben, so die Frage der Einzelhaft, die Beschäftigung der Gefangenen u. s. w. Nach Abschluß der Reform der Civilgesetzgebung wird uns diese Frage eingehender beschäftigen. Ich gebe zu, daß gegenwärtig schwere Bedenken bestehen. Der Strafvollzug ist nicht gleichmäßig. Das Bedürfnis, vorläufig mit den dringendsten Mißständen aufzuräumen, wird anerkannt. Auf Grund der Vorarbeiten ist daher der Bundesrat jetzt in Beratungen darüber eingetreten. Die Verhandlungen werden bei der Schwierigkeit der Materie noch einige Zeit dauern. Die Regierung erkenne das Bedürfnis ebenso wie der Reichstag an. Redner bittet daher, zu der Regierung Vertrauen zu haben.

Feuilleton.

Die schwänzenden Reichstagsabgeordneten haben auch den Reichstagswirt, Herrn Schulze, in's Unglück gebracht. Er soll nämlich im November und Dezember 2500 M. zugesetzt haben und er hat daher dem Vorstand des Reichstages mitgeteilt, daß er nicht länger im stande sei, den Mittagstisch zu 1.50 M. das Gedeck zu liefern und deshalb sich auf eine Frühstückskarte beschränken müsse, welche die Preise nach den einzelnen Portionen bemißt. Bisher wurde neben solchen Frühstücksportionen von 2 Uhr ab ein Mittagessen verabreicht. Der Wirt hat an den Vorstand das Ersuchen gerichtet, ihm für jede Session eine Extraentschädigung von 4000 M. zu gewähren und außerdem denjenigen Kellnern, welche die ganze Session hindurch thätig sind, eine Prämie von je 60 M. zu verabfolgen. Andernfalls müßte er zum 1. April kündigen. Der Vorstand will auf die 4000 M. Zuschuß nicht eingehen, soll dagegen bereit sein, dem Wirt für jeden der 10 Kellner für jeden Sitzungstag 1 M. aus dem Dispositionsfonds zu bewilligen. E. Richter macht in seinem Blatte einen anderen Vorschlag; er meint, den Klagen des Reichstagswirts könnte am besten dadurch abgeholfen werden, daß man den Abgeordneten endlich Diäten gewähren würde: im preußischen Landtag klage der Restaurateur nicht, abwohl dort das Mittagessen sogar nur 1 M. koste!

Selbstmord eines Priesters. # Mailand, 15. Jan. In den öffentlichen Anlagen Mailands erschoß sich gestern Nachmittag der katholische Priester Rinaldo Anelli, Pfarrer von Bernate Ticino. Der Selbstmord erfolgte am Denkmal des Generals Giuseppe Sirtori, eines ehemaligen Priesters, der aber das Meßgewand mit der Uniform vertauscht und in den italienischen Einigungskriegen mit Auszeichnung gekämpft hatte. Don Anelli war Mitstreiter des Generals Sirtori gewesen, um sich später dem Priesterberufe zu widmen. In klerikalen Kreisen brachte man dem ehemaligen Garibaldianer nur Mißtrauen entgegen, und der Mailänder Erzbischof verbannte den geistig regsamen Mann nach den traurigsten Sumpfgegenden, an die Ufer des Tessin, wo die lombardische Nationalkrankheit, die Pellagra, das Volk blödsinnig macht. Diese Krankheit wird dadurch erzeugt, daß sich das Volk vorwiegend von schlecht gebackenem Brote aus Maismehl nährt. Don Anelli versuchte nun, seiner und den benachbarten Gemeinden dadurch zu Hilfe zu kommen, daß er Genossenschaftsbäckereien einrichtete und dem Volke gesundes Kornbrot lieferte. Aber seine Bemühungen fanden keine Unterstützung. Die Regierung verlieh ihm zwar den Titel „Cavaliere", that aber nichts für die Genossenschaftsbäckereien. Die Bauern seines Dorfes fanden, daß das neue Brot viel zu gut schmecke und von demselben viel mehr verzehrt werde, als von dem alten, so daß sie aus Sparsamkeitsrücksichten zu ihrem Mais zurückkehrten. Der arme Don Anelli hatte sich für die Genossenschaftsbäckereien in Schulden gestürzt, die Gläubiger drängten, er wußte keine Hilfe mehr und ging in den Tod. Der Erzbischof von Mailand hat ihm ein religiöses Begräbnis verweigert.

Revolverdrama unter Eheleuten. # Bologna, 15. Jan. Gestern Nachmittag spielte sich in Bologna eines der bekannten italienischen Revolverdramen unter Eheleuten ab, das diesesmal dadurch an Interesse gewinnt, daß der leidende Teil eine deutsche Dame ist. Ueber die Vorgeschichte des Dramas erfährt man folgendes: Im Jahre 1893 lernte der Eisenbahnbeamte Girolamo Zamboni aus Verona ein deutsches Mädchen namens Natalie Ebenhoch aus Freising in Bayern kennen. Die Dame zählte damals 27 Jahre. Sie bereiste mit ihrer wohlhabenden Mutter, der Witwe eines Militärarztes, Italien und traf mit Signor Zamboni in einer Pension in Bologna zusammen. Aus der Bekanntschaft entwickelte sich rasch eine Liebesneigung und noch im selben Jahre heirateten sich die beiden jungen Leute. Natalie erhielt keine Mitgift, wohl aber monatlich 100 Lire von ihrer Mutter. In den ersten Jahren war die Ehe unsäglich glücklich, dann aber um so unglücklicher. Die Schuld lag nach allem, was man hört, auf seiten der Frau, die ihrem Manne wegen eines Nichts die entsetzlichsten Eifersuchtsscenen machte. Unter anderem fügte sie ihrem Manne die schmähliche Beleidigung zu, daß sie ihn unerlaubter Beziehungen zu ihrer Mutter beschuldigte, die übrigens gar nicht in Bologna, sondern in Florenz wohnte. Dieses Lebens müde, gab Signor Zamboni im Herbste 1895 seine Stellung auf und trat wieder in die Armee ein, der er schon früher als Offizier angehört hatte. Sein Verlangen, nach Afrika geschickt zu werden, wurde erfüllt, aber obgleich er in den Kämpfen mit den Abessiniern sein Leben tollkühn auf's Spiel setzte, verschonten ihn doch die abessinischen Kugeln. Nach Europa zurückgekehrt, trat er auf Bitten der Mutter Nataliens wieder in den Eisenbahndienst zurück, und nahm seine Frau wieder von neuem zu sich. Aber es dauerte nicht lange, so fing Natalie wieder mit ihren thörichten Eifersuchtsscenen an, so daß Signor Zamboni seinen Freunden gegenüber Selbstmordgedanken äußerte. Gestern Mittag erhielt das Ehepaar von der Mutter Nataliens die regelmäßige Monatsanweisung über 100 Lire. Der Brief war nicht an Natalie, sondern an ihren Mann adressiert. „Da haben wir es ja," sagte Natalie. „Meine Mutter schickt Dir das Geld. Mithin giebt es etwas zwischen Euch beiden." Zamboni, außer sich vor Zorn, sprang auf und nahm aus seiner Schublade seinen Revolver. „O," versetzte seine Frau, „Du willst mich wohl glauben machen, daß Du Dich erschießen könntest. Das gelingt Dir nicht, mein Lieber. Ich weiß, daß Du dazu viel zu feige bist." Signor Zamboni verlor infolge dieser Schmähung den letzten Rest seiner Besinnung und feuerte auf seine Frau vier Revolverschüsse ab, so daß die Unglückliche blutüberströmt niederstürzte. Die Kugeln hatten sie in die Schultergegend getroffen und tödlich verwundet. Im Hospital, wohin man sie verbracht hatte, äußerte sie den Aerzten gegenüber: „Mein Vater war Arzt in München und zog die Kugeln mit dem Magneteisen aus. Das that gar nicht weh. Machen Sie es auch so." Der Zustand der Verwundeten läßt wenig Hoffnung auf Rettung. Ihr Mann wurde verhaftet.

Französische Geographie. Die Geographie war nie die Stärke der Franzosen. Einen köstlichen Beleg dafür liefert der „Lyon Républicain", der seinen Lesern den Brand von Zizers bei Chur wie folgt meldete: „Brand eines ägyptischen Dorfs: Kairo, 9. Jan. Seit 11 Uhr steht das Dorf Zizers (Bezirk Land-Quart) in Flammen." Aus Coire (Chur) hatte der Telegraph Le Caire (Kairo) gemacht und dann gab sich der sensationelle Titel ganz von selbst. Die Angabe „Bezirk Landquart" genierte die Redaktion bei ihrer kindlichen Unwissenheit natürlich nicht. (Thurg. Ztg.)

Humoristisches.

Wahrscheinlich. Arzt: „Neulich habe ich einen äußerst komplizierten Beinbruch geheilt, der Mann wurde darauf Schnellläufer." — Herr: „Wohl als Sie mit der Rechnung kamen."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Abg. Bielhaben (Reformp.) fragt nach den Gründen der Ernennung des früheren Kolonialdirektors Dr. Kayser zum Senatspräsidenten des Reichsgerichts und verweist auf die in der Presse darüber aufgestellten Behauptungen.

Abg. Stadthagen (Soz.) kommt auf den Fall des Bürgermeisters Lorey in Kiel zurück und greift das Verhalten des Justizministers Schönstedt in dieser Frage heftig an.

Staatssekretär Nieberding: Er müsse es dem durch Amtsgeschäfte aus dem Reichstage abgerufenen Justizminister Schönstedt vorbehalten, auf diese Angriffe zu erwidern. Aus eigener Anschauung wisse er, daß die Untersuchung in Kiel sehr gewissenhaft geführt worden sei. Er hebe nur noch hervor, daß die Minister für ihre Aeußerungen im Reichstag verantwortlich sind, während die Abgeordneten in dieser Beziehung volle Freiheit genießen. Was den Fall Kayser angehe, so sehe er keinen Anlaß, auf die Behauptungen der Presse einzugehen. Es liege nicht in den Gewohnheiten des Reichstages, über Beamtenernennungen Auskunft zu verlangen. Das gehe wohl auch über den Rahmen der Reichstagsverhandlungen hinaus. Es würden sonst ungerechtfertigter Weise Personenfragen erörtert. Die Ernennung sei vollzogen auf Grund der Gesetze. Keine gesetzliche Bestimmung sei dabei verletzt. Unwahr sei es, daß auf Grund dieser Ernennung eine Reihe anderer Richter ihre Entlassung genommen hätte. Zwei Mitglieder des Reichsgerichts haben seitdem ihren Abschied genommen, und zwar aus Gesundheitsrücksichten auf Grund ärztlicher Atteste, und der Präsident des Reichsgerichts habe erklärt, daß die thatsächlichen Angaben der Abschiedsgesuche zutreffend seien. Einer dieser Beiden, ein hochverdientes Mitglied des Reichsgerichts, ist an einem schweren Augenleiden erkrankt, der Andere habe das 70. Lebensjahr überschritten und sich schon seit längerer Zeit mit der Absicht getragen, in den Ruhestand sich zu begeben.

Abg. Auer (Soz.) verwahrt sich dagegen, seine Beschwerden über den Strafvollzug vorgebracht zu haben, nur um Unzufriedenheit zu erregen. Er bleibe dabei, daß gegen sozialdemokratische Redakteure mit zweierlei Maß gemessen werde. Wenn trotz des dringenden Verlangens des Reichstages die Regelung des Strafvollzuges nicht veranlaßt werde, so liege dies entweder an dem Widerstreben oder der Unfähigkeit der Regierung.

Staatssekretär Nieberding betont, daß er ja die Notwendigkeit der reichsgesetzlichen Regelung des Strafvollzuges durchaus anerkannt habe. Durch die Fälle, die lediglich auf Zeitungsnachrichten basiert seien, könne der Beweis für die Notwendigkeit der Reform noch nicht erbracht werden.

Abg. Munckel (freis. Vpt.) meint, in der Kieler Angelegenheit liege der Irrtum auf seiten Stadthagens. Was den Fall Kayser betreffe, so zweifle er nicht an der Gesetzmäßigkeit der Ernennung desselben, auch nicht an dem Scharfsinn und Geiste des Dr. Kayser, aber es sei doch eine andere Frage, ob ein Mann, der 16 Jahre nicht mehr praktisch am Gericht gearbeitet habe, seinem Posten gewachsen sei. Die Krankheit der beiden abgegangenen Reichsgerichtsräte beweise wenig. Solche Krankheiten kämen auch bei Ministern vor (Heiterkeit), aber das rechtsuchende Publikum wolle Vertrauen zur Rechtskunde seiner Richter haben. (Beifall.)

Abg. Förster (deutsche Reformp.): Auch er verstehe nicht, wie ein Mann, der bis dahin nur Amtsrichter gewesen, in einem so hohen Amte, wie das eines Senatspräsidenten am Reichsgericht, einrücken konnte. Wir müssen uns freilich dem aussetzen, daß Dr. Kayser in der Ueberzeugung von seiner Gottähnlichkeit wieder sagen werde: Ueber seine Kritiker werde das Gottesgericht schon ergehen. Was für mich Veranlassung ist, ihn nicht für würdig für einen so hohen Posten zu halten, ist sein Verhalten in der Angelegenheit des Dr. Peters. Dieses Verhalten war doppelzüngig.

Präsident v. Buol rügt diesen Ausdruck.

Abg. Förster (fortfahrend): Dann will ich sagen, in dem Verhalten des Dr. Kayser lag etwas, was sich mit der Stellung und der dem Herrn verliehenen Würde nicht recht in Einklang bringen läßt. Hat denn der Bundesrat diese Ernennung einstimmig befürwortet?

Staatssekretär Nieberding: Auf letztere Frage könne er keine Antwort erteilen. Uebrigens sei Dr. Kayser auch als Kolonialdirektor wesentlich auf juristischem Gebiete beschäftigt gewesen. Es sei auch wünschenswert, beim Reichsgericht, das häufig internationale Fragen behandle, einen Mann von solcher Erfahrung zu haben. Auch gebe es viele Beispiele, daß Herren, die lange in der Verwaltung thätig waren, nachher doch vorzügliche Richter wurden.

Nach einer Bemerkung des Abg. Bielhaben (D. Reformp.) wird der Titel: Besoldung des Staatssekretärs, genehmigt, ebenso der Rest des Justizetats.

Morgen 1 Uhr Fortsetzung der heutigen Tagesordnung; außerdem Unfallversicherungsnovelle. Schluß 6 Uhr.

Deutsches Reich.

* **Berlin**, 18. Jan. Heute Abend fand im königl. Schlosse ein Diner zu Ehren der Ritter des Schwarzen Adlerordens statt. Der Kaiser saß zwischen dem österreichischen Minister Grafen Goluchowski und dem Reichskanzler, gegenüber dem Kaiser saß die Kaiserin und Kaiserin Friedrich. Neben der Kaiserin saß Prinz Friedrich Leopold, neben der Kaiserin Friedrich Prinz Heinrich.

* **Berlin**, 18. Jan. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Die „Nationalztg." führt bezüglich der Anregung im Reichstage wegen des Postzeitungstarifes folgendes aus: „Die Post hat jahrelang die berechtigte Forderung unbefriedigt gelassen, daß sie nicht dieselbe Leistung, für die sie von einem Blatte vierteljährlich 2.25 M. nimmt, einem andern Blatte für 50 Pfg. gewährt." Woher weiß denn die „Nationalztg.", daß die Ursache zu dieser Verzögerung in der Postverwaltung liegt? Es sind bei dieser schwierigen Materie eine ganze Anzahl Ressorts im Reiche und in Preußen und überdies die Postverwaltungen von Bayern und Württemberg zunächst beteiligt. Wie wir erfahren, ist es gerade die Reichspostverwaltung gewesen, die diese Angelegenheit von vornherein aufs eifrigste betrieben hat. Die Insinuation der „Nationalztg." erinnert lebhaft daran, daß der Postverwaltung von mangelhaft unterrichteter Seite auch die Schuld daran beigemessen wird, daß dem Wunsche auf Ermäßigung des Portos und der Fernsprechgebühren bisher nicht entsprochen wurde, während doch durch wiederholte amtliche Erklärungen im Plenum des Reichstages wie in der Budgetkommission festgestellt ist, daß der Grund in dem allerdings berechtigten Widerstande der Finanzverwaltung zu suchen ist.

* **Hamburg**, 18. Jan. In sämtlichen, heute abgehaltenen Versammlungen der Ausständigen wurde der am Samstage von dem Arbeiter-Komitee den Arbeitgebern unterbreitete Antrag, betreffend Einsetzung eines Ausschusses von 3 Arbeitgebern und 3 Arbeitnehmern, eingebracht und eine Resolution vorgeschlagen, welche die Zustimmung zu dem Antrage ausspricht, als dem einzig gangbaren Wege, auf dem ein dauernder Friede herbeigeführt werden könne, denn durch Wiederaufnahme der Arbeit ohne vorherige Vereinbarung werde der Friede nicht zu stande kommen. Sowohl der Antrag als die Resolution fanden die Zustimmung der Versammlungen. Der Arbeitervertreter Döring bemerkte: Die Hauptfrage sei auf seiten der Arbeitgeber bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit, auf seiten der Arbeiter Entlassung der jetzigen, an ihrer Stelle Arbeitenden. Vorläufig sei kein Ergebnis erzielt und kein Beschluß gefaßt worden. Die Teilnehmer der Besprechung am Samstag seien freundschaftlichst auseinandergegangen. Eine Mitteilung über weitere anberaumte Verhandlungen sei ihm bisher nicht zugegangen; er glaube aber, daß solche in nächster Zeit stattfinden würden.

Ausland.

Italien.

* **Rom**, 18. Jan. Die „Opinione" verteidigt die Regierung gegen den von in- und ausländischen Blättern derselben gemachten Vorwurf reaktionärer Gesinnung. Wenn das Ministerium eine Aenderung des Wahlgesetzes beabsichtige, um die Garantien gegen Wahlbeeinflussungen zu vermehren und das Recht der Stimmenzahl mit dem nicht weniger hoch stehenden Rechtsanspruche der Bewertung der Stimmen zu versöhnen, so schreite dies nur zu dem Ziele fort, welches alle Wahlgesetze seit 1882 verfolgen. Ein solches Streben sei nicht reaktionär, sondern tolerant, ebenso wie der Widerstand gegen die Drohungen der Umsturzparteien im Interesse des Liberalismus liegt. Damit führe die Regierung kein neues Programm aus, sondern nur längst gemachte Erklärungen, weil die Verwegenheit der Feinde der bestehenden gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung neuerdings größer geworden sei. Wer dies Reaktion nenne, kenne die Bedeutung des Wortes nicht, oder wolle politische Kinder mit Gespenstern schrecken.

Rußland.

* **Petersburg**, 18. Jan. Ueber den Gesundheitszustand des Zaren wurden in letzter Zeit allerlei alarmierende Nachrichten verbreitet. Die „Pol. Korr." meldet dem gegenüber: Das Aussehen des Zaren sei ganz normal, nur habe sich infolge einer Ueberarbeitung eine gewisse Mattigkeit eingestellt, sodaß die Aerzte Schonung empfohlen hätten. Die vernarbte Kopfwunde, die der Kaiser seinerzeit in Japan erhalten habe, sei keineswegs aufgebrochen, wie behauptet wurde, es habe sich nur in deren Nähe ein kleiner, knochiger, ungefährlicher Auswuchs gebildet. Die Beseitigung soll durch einen operativen Eingriff erfolgen, zu dessen Vornahme Geheimrat v. Bergmann aus Berlin berufen worden sei. — Dieser letzteren Nachricht gegenüber ist das Wolffsche Bureau wiederum von Herrn Geheimrat v. Bergmann zu der bestimmten Erklärung ermächtigt, daß ihm weder von einer Erkrankung des Kaisers von Rußland etwas bekannt, noch daß an ihn eine Berufung nach Petersburg ergangen ist.

Baden und Nachbarländer.

* **Karlsruhe**, 19. Jan. Die „Karlsr. Ztg." schreibt: „In einem in Nr. 14, I. Blatt der „Bad. Landesztg." vom 17. d. M. enthaltenen Artikel „Vom Unterland" über die Besetzung der evangelischen Pfarrstellen ist angegeben: „die Zahl der diskretionär (§ 97 a.) wegen Krankheit, Kindererziehung 2c. zur Versetzung bereit stehenden, bezw. bereit gestellten evangelischen Geistlichen belaufe sich zur Zeit auf etwa 100, also ein Drittel der gesamten Landesgeistlichkeit." Sollte unter der genannten Zahl die Anzahl derjenigen evangelischen Geistlichen gemeint sein, die bei dem Evangelischen Oberkirchenrat um Versetzung nach § 97 a. der Kirchenverfassung gebeten haben und hierzu vorgemerkt sind, so wäre die Angabe unrichtig. Die Zahl dieser Geistlichen beträgt zur Zeit 24. Ob und wie viele evangelische Geistliche außerdem ihre Versetzung wünschen mögen, entzieht sich selbstverständlich der Feststellung."

* **Mannheim**, 18. Jan. In der Nacht zum Sonntag wurde ein Einbruch in die an der Kurfürstenstraße (L. 7. 1/2) gelegene Villa des Bankiers G. Ladenburg verübt. Die Diebe erstiegen, lt. „Frankf. Ztg.", den Balkon, drückten die Glasscheiben der nach dem Salon führenden Flügelthüren ein und gelangten hierdurch ins Innere. Sie durchstöberten mehrere Zimmer, darunter sogar die Schlafzimmer der Töchter des Hausherrn, ohne daß diese erwachten. Silbernes Tafelgeräte und Schmucksachen von ziemlich erheblichem Werte sowie Kleidungsstücke wurden ihnen zur Beute.

✝ **Heidelberg**, 18. Jan. Uebermorgen tritt die Klasse der Niederstbesteuerten zur Vornahme der Stadtverordnetenwahl an die Urne und bis heute Abend ist noch keine Liste der vorgeschlagenen Kandidaten veröffentlicht. Diese befremdende Thatsache hat ihren Grund in den eigenartigen Verhältnissen, unter denen sich diesmal in der 3. Klasse die Wahlen vollziehen. Bisher hatte der gemäßigte Liberalismus die Herrschaft auch in der 3. Klasse; die Wahlen vollzogen sich ohne Opposition auf eine Liste hin, in die jeweils auch Vertreter des Centrums und des Deutschfreisinns aufgenommen worden waren. Vor 3 Jahren stellten die Sozialdemokraten zum erstenmal eine eigene Liste auf, blieben aber weit in der Minderheit. Diesmal nun wurde, zumal da die Sozialdemokraten sich schon früh sehr rührig zeigten, von dem Komitee der Nationalliberalen dem Centrum wiederum ein Zusammengehen angeboten. Mehrere angesehene Centrumsmitglieder traten lebhaft für diesen Gedanken ein, allein eine Versammlung der scharfen Richtung lehnte ihn ab und beschloß, in Gemeinschaft mit den Demokraten eine eigene Liste aufzustellen. Keine der Parteien will, wie es scheint, ihren Trumpf zuerst ausspielen, d. h. ihre Liste zuerst veröffentlichen, vielmehr hat jede erst die Liste der anderen abwarten wollen, um danach die ihrige einzurichten. So kommt es, daß die Listen erst morgen Nachmittag, also am Vorabend der Wahl, veröffentlicht werden, und daß öffentliche Versammlungen zur Genehmigung der Listen nicht stattgefunden haben, ein Umstand, der im liberalen Lager sehr bedauert wird und in Zukunft unter allen Umständen vermieden werden sollte. Es wird ja gewöhnlich an den in engerem Kreise aufgestellten Listen nichts oder nicht viel geändert, aber jeder Stimmberechtigte hat doch, wenn eine öffentliche Versammlung zur Genehmigung der Liste stattfindet, das Bewußtsein, daß ihm Gelegenheit geboten ist, seine Wünsche zu äußern. Das Fehlen dieses Bewußtseins wirkt niederdrückend, kühlt die innere Teilnahme ab und hat auch schädigenden Einfluß auf die äußere Teilnahme. Das Verhalten des Centrums ist zu bedauern. Da bei den städtischen Wahlen die relative Mehrheit entscheidet, so wirkt jede Zersplitterung der Stimmen der bürgerlichen Parteien zu Gunsten der Sozialdemokratie. Notiert zu werden verdient, daß ein Mannheimer Centrumsblatt für die Aufstellung einer gemeinsamen Oppositionsliste — also für ein Zusammengehen mit Centrum, Freisinn und Sozialdemokratie — eingetreten ist. Es behauptet sogar, eine derartige Liste sei ausgearbeitet. Ob und wie viel Wahres hieran ist, wird der morgige Tag zeigen.

✕ **Vom Neckar**, 17. Jan. Anläßlich des vorjährigen Manövers wurde an die Gemeinden von der Militärverwaltung das Ansinnen gestellt, die Marschfourage zu liefern. Fast alle Gemeinden haben dem Wunsche entsprochen in der Voraussetzung, daß die Militärverwaltung dafür bezahle, was die Gemeinden auch bezahlen müssen. Dem ist aber nicht so. Die Militärverwaltung vergütet nur den vom zuständigen Marktorte festgesetzten Preis. Dieser ist aber aus irgend einem Grunde viel zu niedrig angesetzt worden, und so erleiden die einzelnen Gemeinden Verluste von über 100 M. Es müßten z. B. für Hafer 7.—, für Heu 2.50 und für Roggenstroh 2.60 M. bezahlt werden, während nur 6.30, 2.15 und 2.10 M. per 50 Kilo angesetzt waren. Eine deshalb bei der Militärintendantur gemachte Vorstellung wurde abschlägig beschieden, obgleich das zuständige Bezirksamt die Wahrheit der angeführten Thatsachen bestätigte. In Anbetracht, daß den Gemeinden durch das Manöver Lasten aller Art erwachsen sind, halten wir es für unbillig, daß die Militärverwaltung den Gemeinden zumutet, auch noch die Kosten für Fourage teilweise zu tragen.

✕ **Pforzheim**, 18. Jan. Die städtische Saalbaukommission hat sich in ihrer letzten Sitzung einstimmig für die Erstellung eines Saalbaues nach dem von Oberbaurat Warth begutachteten Plane ausgesprochen. Im Prinzip hat sich der Bürgerausschuß bereits vor langer Zeit für die Erstellung eines derartigen Baues gegenüber der Kunstgewerbeschule entschieden, und zwar mit städtischen Mitteln, da private Unternehmer für das Projekt nicht zu bekommen waren. Ein geräumiger Saalbau ist für Pforzheim ein zwingendes Bedürfnis, da wir thatsächlich kein genügend großes Lokal besitzen für große Versammlungen, Feste, Ausstellungen 2c. Durch den Beschluß der Saalbaukommission ist die Ausführung des Projekts in unmittelbare Nähe gerückt, da der Bürgerausschuß die Bewilligung der erforderlichen Mittel — 350 000 M. — nicht versagen wird. — Mit dem Theaterbau, für welchen die Mittel bewilligt sind, will's nicht vorwärts gehen. Der Bezirksrat hat das Baugesuch der Stadt abgewiesen, weil der Platz insofern ungeeignet ist, als der Bau nicht den vorschriftsmäßigen Abstand von den Nachbargebäuden erhielte. Die Theaterbaukommission hat weitere Gutachten über den Platz einverlangt, die aber, wie wir hören, ungünstig lauten. Trotzdem hat der Stadtrat beschlossen, gegen die bezirksrätliche Entscheidung Berufung einzulegen, er hat aber den Stadtverordneten Kayser, der für den alten Platz schwärmt, mit der Begründung des Rekurses beauftragt. Herr Kayser macht gewaltige Anstrengungen für den gewählten Platz und will die Theaterkommission, die seine Anschauungen nicht teilt, verabschiedet wissen. Mittlerweile hat eine Anzahl hiesiger Bürger einen sehr geeigneten Bauplatz um 76 000 M. im Bohnenberger'schen Garten neben dem Museum in der Kienlestraße erworben, um ihn der Stadt, falls der Rekurs ans Ministerium erfolglos bleibt, anzubieten. Da der städtische Theaterplatz höher im Preise als genannter steht, bis er bebaut werden kann, und sich recht wohl zu einem Bauplatz für ein Schulgebäude eignet, so ist es nicht ausgeschlossen, daß sich eine Mehrheit für den neuen Platz findet, der nach den vorhandenen und genehmigten Plänen sofort bebaut werden könnte. Man darf unter diesen Umständen wirklich gespannt sein, welchen Ausgang schließlich die heikle Theaterfrage nehmen wird.

△ **Offenburg**, 18. Jan. Der Lageplan für den Bau der Infanteriekaserne ist der Gemeindeverwaltung durch das Generalkommando übermittelt worden und wird dem Bürgerausschuß in der nächsten Sitzung zur Genehmigung unterbreitet werden. Der Platz ist so gewählt, daß event. für ein zweites Bataillon die nötigen Kasernements- und Wirtschaftsgebäude an die vorhandenen angebaut werden können.

* **Aus Baden**, 18. Jan. Ilmspan. Scheuer, Stallung, Remise und Schweineställe des Hasenwirts Karl Bayer sind abgebrannt. Auch dessen Wohnung wurde teilweise beschädigt. Brandschaden etwa 8000 M. Ein gewisser Wundling soll als der Brandstiftung verdächtig verhaftet worden sein. — Heiligkreuzsteinach. Die 35 Jahre alte Barbara Röhrig von Steinfeld tötete ihr neugeborenes Kind und verbarg den Leichnam im Bette. Der Tod, der am 10. d. M. ihrem Leben ein Ende machte, entzog sie der irdischen Gerechtigkeit. — Kirrlach. Das 5 Jahre alte Söhnchen des Fabrikarbeiters August Senger fiel in einen mit heißem Wasser gefüllten Kessel und starb infolge der erlittenen Brandwunden. — Kronau. Der 42 Jahre alte Holzhauer Stefan Hillenbrand II. wurde von einem stürzenden Stamme getroffen und ihm der linke Fuß abgeschlagen. — Plittersdorf. Der Fang von Hechten ist jetzt ein sehr ergiebiger, so daß die Händler mit denselben hausieren gehen müssen, um wenigstens etwas daraus zu erzielen. In Rastatt wird das Pfund mit 45—60 Pf. feil geboten. Die gleiche Ware kostete sonst das Doppelte. Merzhausen. In einer Wirtschaft wurden von einem Einbrecher aus einem Schreibpult mehrere Börsen mit Geld, sowie ein Hundert-Markschein und verschiedene französische Goldstücke gestohlen. — Siegel. Der 75 Jahre alte Gregori-Bauer, Gregor Thoma, wurde durch die Gensdarmerie verhaftet und in das Amtsgefängnis nach Waldkirch abgeführt. Thoma war als Sympathie- und Wunderdoktor weit und breit bekannt und wird sich nun angeblich wegen Kurpfuscherei zu verantworten haben. — Triberg. Die Witwe Kern in Prechthal spendete 2000 M. zum Bau der evangelischen Kirche hier. — Donaueschingen. Der Kommis Jakob Bundschuh der Firma F. W. Lloyd u. Co. ist nach Entdeckung bedeutender Unterschleife im Lohnbuch verhaftet worden. Derselbe hat bereits ein Geständnis abgelegt. Ueber sein Vermögen ist das Konkursverfahren eröffnet worden. — Rheinfelden. Nach dem „Basler Volksbl." ist der Sohn des vor einem halben Jahre bei Hochwasser spurlos verschwundenen Fischers Krebs von badisch Rheinfelden am 12. dieses Monats als des Mordes an seinem Vater beschuldigt verhaftet worden.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 19. Jan.

= **Hofbericht.** Am letzten Freitag traf nachmittags Prinz Hermann von Sachsen-Weimar in Baden-Baden ein und brachte den Abend bei den Höchsten Herrschaften zu. Samstag Vormittag nahm S. K. H. der Großherzog die Vorträge des Geheimen Legationsrats Dr. Freiherrn v. Babo entgegen. Nachmittags erhielten die Großh. Herrschaften den Besuch des Fürsten Max Egon zu Fürstenberg, welcher längere Zeit bei Höchstdenselben verweilte. Auch Prinz Hermann von Sachsen-Weimar machte Abschiedsbesuch und kehrte später nach Stuttgart zurück, während der Fürst zu Fürstenberg sich nach Donaueschingen begab. Sonntag Vormittag hielt der Prälat a. D. D. Doll den Hauptgottesdienst in der Schloßkapelle in Baden-Baden. Nachmittags trafen der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin aus Freiburg in Schloß Baden ein und reisten abends nach Karlsruhe weiter. S. K. H. der Großherzog empfing gestern Abend den Staatsminister Dr. Nokk.

= **Der gestrige Hofball** nahm einen glänzenden Verlauf. An der Festlichkeit beteiligten sich sämtliche Hofstaaten, viele Standesherrn, Minister und andere hohe Staatsbeamten, zahlreiche hiesige und auswärtige Offiziere, sowie ca. 30 Abgeordnete der 2. Kammer. Der Ball wurde um 9 Uhr durch die Erbgroßherzogin und den Prinzen von Sachsen-Weimar eröffnet. Die Erbgroßherzogin beteiligte sich lebhaft am Tanze, während der Erbgroßherzog Cercle hielt. Um 11 Uhr begann in den reichgeschmückten Gartensälen die Tafel, die sich bis gegen 1 Uhr hinzog. Der Ball endigte um 2 Uhr.

Schm. **Mitteilungen aus der Stadtratssitzung** vom 16. Jan. Zur Beschaffung eines gemalten Fensters für die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin wurde s. Z. der Betrag von 850 M. bewilligt. Nach Fertigstellung des Fensters wird diese Summe zur Auszahlung angewiesen. — Es wird beschlossen, die Feier des 100jährigen Geburtstages des Kaisers Wilhelm I. mit der im Monat Oktober d. J. in Aussicht stehenden Feier der Enthüllung des Kaiser Wilhelm-Denkmals zu verbinden. — Beim Bürgerausschuß soll beantragt werden: 1. daß im Schlachthof ein Gebäude für einen Fleischdämpfer mit abgesondertem Raum zum Verkauf von der Freibank zurückgewiesenem Fleisch errichtet und der noch offene südwestliche Teil des Schlachthofes mit einer Mauer umschlossen werde; 2. daß der Bauaufwand im Betrage von 20 400 M. aus Anlehensmitteln bestritten werde. — Das Großh. Bezirksamt teilt ein Schreiben des Königl. Artilleriedepots vom 9. d. M. mit, aus welchem ersichtlich ist, daß in dem Handpulvermagazin beim alten Friedhof nur noch Metallpatronen lagern, das Verbot des Rauchens, Feuerschlagens u. s. w. näher als 30 Schritt und des Schießens, Anzündens eines Feuers näher als 50 Schritte vom Pulvermagazin nicht mehr nötig ist. Auf Anfrage des Großh. Bezirksamts erklärt sich der Stadtrat mit der Aufhebung fraglicher ortspolizeilicher Vorschrift vom 22. August 1875 einverstanden und spricht dieser Behörde für die erfolgreichen Bemühungen um die Beseitigung der durch das Pulverlaboratorium bedingten Gefahren, womit dem östlichen Stadtteil ein wertvoller Dienst geleistet worden ist, seinen verbindlichsten Dank aus. — Der Firma Hermann Tietz wird auf Ansuchen gestattet, zu einer elektrischen Anlage in ihrem Geschäftslokal Kaiserstraße 185 die Zuleitung der elektrischen Kraft von der Kaiser-Passage über die Wald- und Kaiserstraße so lange zu führen, bis die Stadtgemeinde ein eigenes Elektricitätswerk errichtet hat. — Die Sprechstunden bei der Grund- und Pfandbuchführung werden künftig auf die Zeit von 10 bis 12 Uhr vormittags und von 4 bis 6 Uhr nachmittags festgesetzt. — Dem Herrn Theaterdirektor Beese wird das Stadtgartentheater zur Abhaltung von Theatervorstellungen in den Monaten Juli und August d. J. mietweise überlassen. — Die zur Neubeschaffung einer Ma-

schinenleiter für die 3. Kompagnie der Feuerwehr erforderlichen Mittel von 1500 M. sollen in den 1897er Voranschlag eingestellt werden. — Auf Antrag des Verwaltungsrats der freiwilligen Feuerwehr soll von der Abhaltung des 15. deutschen Feuerwehrtags in hiesiger Stadt im Jahre 1898 Umgang genommen werden. — Der Vorsitzende der Schulkommission teilt das Ergebnis der im verflossenen Jahr erkannten Schulstrafen und der gegen Schüler der städt. Schulen erkannten gerichtlichen und polizeilichen Strafen mit. An den Volksschulen (7688 Schüler) kamen polizeiliche und gerichtliche Bestrafungen nicht vor. Schulstrafen wurden 202 erkannt und zwar: 29 wegen Entwendung, 47 wegen Sachbeschädigung und sonstiger Eigentumsvergehen, 10 wegen Schlägereien, 70 wegen Unfugs und Ruhestörung, 18 wegen Feld- und Holzfrevel, 28 wegen sonstiger Ordnungswidrigkeiten. Von den 202 Schulstrafen entfallen 178 auf Knaben und nur 24 auf Mädchen. Unter den Knabenschulen weist die einfache verhältnismäßig die meisten bestraften Schüler auf: nämlich 90 = 11,44 Proz., die erweiterte Knabenschule 68 = 3,77 Proz., die Bürgerschule 6 = 2,56 Proz. und die Knabenschule des Stadtteils Mühlburg 14 = 4,59 Proz. Von den 24 Schulstrafen an den Mädchenschulen entfallen auf die einfache 3 = 0,3 Proz., die erweiterte 20 = 1,04 Proz. und die Töchterschule 1 = 0,11 Proz. In der Knabenvorschule, der Mädchenschule des Stadtteils Mühlburg und der höheren Mädchenschule waren Schulstrafen (Arrest oder körperliche Züchtigung) nicht zu verhängen. In der Oberrealschule und im Real- und Reformgymnasium kamen polizeiliche und gerichtliche Bestrafungen nicht vor. In der Realschule wurde einem Schüler wegen Körperverletzung vom Gerichte eine Rüge erteilt. Schulstrafen wurden erkannt: in der Oberrealschule 2, in der Realschule 7 und im Real- und Reformgymnasium 7.

= **Die Abteilung Karlsruhe der deutschen Kolonialgesellschaft** hat für den 2. Februar d. J. Herrn Richard Tabbert zu einem Vortrage in hiesiger Stadt gewonnen. Derselbe war eine Reihe von Jahren in Südafrika als Farmer und Beamter thätig und wird insbesondere „Transvaal und seine Goldfelder nach eigener Beobachtung" schildern. Die Ereignisse zu Beginn des verflossenen Jahres haben dieses Land so sehr hervortreten lassen und die eigenartigen Verhältnisse in demselben sind uns so wenig bekannt, daß eingehende Betrachtungen darüber in hohem Grade erwünscht sind. Wir gestatten uns daher schon jetzt auf diesen zeitgemäßen Vortrag aufmerksam zu machen.

□ **Kleine Chronik.** Am 12. ds. wurde einem Kutscher von seiner Droschke hinweg, welche in der Kapellenstraße stand, eine Pferdedecke im Werte von 8 M. entwendet. — Eine Dienstmagd aus Neckarburken wurde hier verhaftet, weil sie am 24. v. M. auf den Namen ihrer früheren Dienstherrin bei einem Schuhmacher in der Amalienstraße ein Paar Damenzugstiefel im Werte von 9.50 M. erschwindelt hat. — Die Meldung des Polizeiberichts über die Mißhandlung eines Beamten durch einen Gypser in der Rudolfsteaße wird dahin ergänzt, daß nach Angabe des Thäters der Beamte schon längere Zeit einen Haß auf den Gypser hatte und ihn beim Begegnen auf der Straße mit Schimpfen belästigte. An jenem Morgen wollte der Gypser dem Beamten die Sache verweisen, wobei letzterer bei den ersten Worten den Gypser einen gemeinen Menschen nannte, weshalb der Gypser nach seinem Gegner geschlagen hat. Es kam sodann zum Handgemenge, wobei beide zu Fall kamen und die Sache den in Nr. 13 II. angegebenen Verlauf nahm.

Stimmen aus dem Publikum.

□ Von der Alb, 16. Jan. (Rheinhafen.) Die Ende Dezember im Albthal bei Grünwinkel vorgenommenen Vermessungen wurden in letzter Woche fortgesetzt. Wie wir soeben erfahren, hängen diese Vorarbeiten mit einem neuen Hafenprojekt zusammen, wonach das natürliche Albthal von der Appenmühle bis zur Albbrücke bei Grünwinkel mit einer Erweiterung gegen Westen als künftiges Hafenbett dienen soll. Gewiß werden alle diejenigen, welche Interesse an diesem zeitgemäßen, lange angestrebten Unternehmen und an der Entwicklung Karlsruhes als Handelsstadt haben, dieses neue Projekt, bei welchem überdies von Natur aus schon Hunderttausende von Kubikmeter Material ausgehoben sind, hauptsächlich deshalb sympathischer begrüßen, weil die projektierte Anlage näher oder sozusagen direkt an Karlsruhe und dabei unmittelbar am Westbahnhof liegt. Die weite Entfernung der früheren Projekte war auch beinahe ausschließlich ein Hauptargument der Gegner, die mit Recht geltend machten, daß der Hafen entweder ganz in die Nähe Karlsruhes kommen oder in Maxau bleiben soll. Mühlburg wird unzweifelhaft dadurch in jeder Beziehung bedeutend gewinnen, aber in erster Reihe die Stadt Karlsruhe, selbst wenn die Anlage an dieser Stelle einige Mehrkosten verursacht, wenigstens sichere Aussicht, daß das erreicht wird, was den Opfern entspricht. Wie wir weiter erfahren, soll dann die Alb von der Grünwinkler Brücke an in nahezu gerader Richtung durch das Hochgestade und also mit Umgehung von Grünwinkel und der Appenmühle ihrem alten Bett zugeführt werden, während an der Grünwinkler Brücke eine Schleuse zur zeitweiligen Nachspülung und Reinigung durch die höher gelegene Alb eintreten soll. Diese letztere geplante hygienische Einrichtung ist von großer Bedeutung für die gesundheitlichen Verhältnisse in der Nähe des Hafens und des Stichkanals. Zur Umgehung allzuhoher Quai-Mauern ist Tieferlegung der direkten Umgebung mit langsam steigenden Zufahrten vorgesehen. Was lange währt, wird endlich gut.

Anmerkung der Redaktion. Da die vorstehende Mitteilung augenscheinlich auf einer in der Bevölkerung verbreiteten Annahme beruht, wollen wir derselben den Abdruck nicht versagen. Wir bemerken jedoch, daß von einer Gestaltung des Hafenprojektes wie oben angegeben, an amtlicher Stelle nichts bekannt ist. Es handelt sich entsprechend unserer neulichen Mitteilung um zwei Entwürfe, die beide den Hafen in der Niederung annehmen und zwischen denen ein Kompromiß demnächst zu stande kommen dürfte.

Rechtspflege.

* **Freiburg,** 15. Jan. (Schwurgericht.) Der 30 Jahre alte ledige, öfter vorbestrafte Taglöhner Albert Mehlin aus Weil war wegen erschwerter Körperverletzung und versuchten Totschlags, sowie dessen 60 Jahre alter Vater, Taglöhner Georg Friedr. Mehlin von da wegen erschwerter Körperverletzung angeklagt. Die Anklage beschuldigt zunächst die beiden Mehlin, daß sie am 28. Juni v. J. sich im Schwanenwirtshause zu Weil mit Hakenmessern an Wangen und Hals verletzten, sodann den Albert Mehlin noch insbesondere, daß er nach diesem Messerkampf seinen Vater, in der Absicht, denselben zu töten, in den etwa 75 cm hoch mit Wasser gefüllten, in der Nähe des Wirtshauses stehenden Brunnentrog, an den sie sich behufs Abwaschens des Blutes begeben hatten, geworfen, denselben an der Brust gefaßt und einige Zeit unter Wasser gehalten habe. Albert Mehlin wurde zu 6 Jahren 3 Monaten Zuchthaus, Georg Friedr. Mehlin zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. — Bernhard Gerber von Forchheim erhielt wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit eine Haftstrafe von 6 Wochen. Damit schloß die Tagung des 1. Quartals.

Amtliche Nachrichten.

Zu Mitgliedern des Eisenbahnrates auf die Dauer von 3 Jahren wurden ernannt die Herren Freiherr Göler v. Ravensburg in Sulzfeld, Markus Pflüger in Lörrach, Kaufmann Max Reichert in Baden-Baden, Kommerzienrat Ferdinand Reiß in Karlsruhe, Oberbürgermeister Dr. Wilckens in Heidelberg.

Handel und Verkehr.

* Frankfurt a. Main, 18. Januar. Abend-Börse. Kreditaktien 318 b. Diskonto-Komm. 210.90 b. Handelsgesellschaft 163 b. Dresdener Bank 161 b. Deutsche Bank 197.50 b. Darmstädter Bank 160.95 b. Banque ottomane 110.70 b. Staatsbahn 314½ b. Lombarden 80¾ b. Meridional 128.50 b. Gotthard 167.50 b. Central 141.30 b. Nordost 135.30 b. Union 93.30 b. Jura-Simplon 97.90 b. Gelsenkirchen 173.10 b., do. Gußstahl 130 b. Harpener 181.70 b. Veloce 121.90 b. Wittener 192.— b. Schuckert 272.70 b. Italiener 91.60 b. Türken D 21.45 b. Galizier, abg. 93.30 b. Mexikaner 26.50, 40 b., 6proz. do. 94.70 b. Kurse von 6¼—6½ Uhr. Kreditaktien 318. Harp. 181.40. Schuckert 273.

* Frankfurt, 18. Jan. (Börsenbericht.) Die Woche eröffnete mit einer außerordentlich lustlosen Börse, deren Tendenz zur Abschwächung neigte. Anregende Meldungen lagen nicht vor, und dadurch hatte auch die Spekulation keine Veranlassung, ins Geschäft einzugreifen. Die Nachricht, daß der Sultan zur Ueberwachung und Durchführung des türkischen Budgets eine internationale Kommission zulassen wolle, machte heute keinen Eindruck mehr, anderseits waren die römischen Meldungen über den Vorstoß der Derwische gegen die italienischen Stellungen in Erythräa geeignet, die Börse zu verstimmen. Es machte sich vielfach Verkaufsneigung geltend, und dadurch gaben die Kurse fast auf der ganzen Linie etwas nach, namentlich waren Montanpapiere etwas matter. Schweizerische Eisenbahnaktien wurden durch den unbefriedigten Ausweis der Gotthardbahn ungünstig beeinflußt, italienische Werte waren auf die vorerwähnten Meldungen gedrückt. Oesterr. Kreditaktien, die während des offiziellen Verkehrs schwach lagen, konnten sich nachbörslich auf Wiener Impuls befestigen. Geld ist ziemlich steif. (F. J.)

* Stuttgart, 18. Januar. (Landesprodukten-Börse.) Der Ausschuß der Börse hat beschlossen, vorläufig Börsennotierungen nicht zu veröffentlichen.

* Berlin, 18. Januar. (Getreidehandel im Berliner Feen-Palast.) Privat-Notierungen. Weizen per Mai 177.25. Roggen per Mai 128.50. Hafer per Mai 131.25. Weizenmehl hier —.—. Roggenmehl per Mai —.—. Wetter: Trübe. — Rüböl hier 56.70, per Mai —.—, per Sept. 56.40. Spiritus, 50er hier 58.—, 70er hier 38.50, per Mai 43.60, per Sept. 44.60. Petroleum hier 21.—.

* Hamburg, 18. Jan. Kaffee good average Santos. Schlußkurse, für März 53— Pf., für Mai 53½ Pf. Geld.

* Breslau, 18. Jan. Spiritus, excl. 50 Mk. Verbrauchs-Abgabe, für Jan. 55.30, do. 70er für Jan. 35.80.

* London, 18. Jan. Silber 29 11/16.

* Amsterdam, 18. Jan. Weizen für März 201.—, für Mai 200.—. Roggen für März 111.—, für Mai 112.—. Leinöl hier 16½, für Frühjahr 16½, für Sommer 17⅞, für Herbst 18¼. Banca-Zinn hier 36¾, Billiton hier 36¾.

* Petersburg, 18. Jan. Feiertag.

* New-York, 18. Jan. 5 Uhr Nachm. Atschison Topeka und Santa Fé Sh. 14¾, Canada Pacific Sh. 56—, Central Pacific Sh. 13¾, Chicago Milw. u. St. Paul Sh. 76⅜, Denver u. Rio Grande Pref. 43½, Louisville u. Nashville Sh. 51¼, New-York Lake Erie Sh. 15—, New-York Central Sh. 94⅛, Northern Pacific pref. Sh. 34⅛, Silber 64¾. Tend.: anf. fest, später unregelmäßig, Schluß matt.

* New-York, 18. Jan. Weizen: Jan. 89⅜, Febr. 20⅜, März ——, Mai 86⅝, Juli 83¼, Sept. ——, Dez. ——, Jan. 28⅜, Febr. ——, März ——, Mai 30½, Juli 30⅛, Sept. 31⅛. Tendenz: Weizen anf. steigend, später nachgebend, Schluß träge.

* Chicago, 18. Jan. Jan. 77¾, Mai 78⅛, Juli 76—, Dez. 22⅛, Jan. 24¼, Mai 25⅝.

P. Karlsruhe, 18. Jan. Der Handels-, Schiffahrts- und Konsularvertrag mit Costa Rica vom 18. Mai 1875 ist bekanntlich von der Regierung Costa Ricas gekündigt worden und es wird derselbe am 1. Dezember 1897 außer Kraft treten. Firmen des Karlsruher Handelskammerbezirks, welche sich für den Abschluß eines neuen bezüglichen Vertrags interessieren, sind gebeten, der Handelskammer thunlichst bald eine entsprechende Mitteilung zukommen zu lassen.

* Bredow, 18. Jan. Die Direktion des „Vulkan" erklärt, daß die Meldungen über Verhandlungen wegen Ankaufs der Stettiner Maschinenbau-Aktiengesellschaft „Vulkan" für die Firma Krupp in Essen oder für den Staat gänzlich unbegründet sind.

Drahtberichte.

w **Berlin,** 19. Jan. Die freie Vereinigung der Berliner Produktenbörse beschloß in ihrer gestrigen zahlreich besuchten außerordentlichen Generalversammlung ihre Auflösung. Darauf konstituierte sich der neue Verein unter dem Namen Verein Berliner Getreide- und Produktenhändler. Die Statuten des neuen Vereins wurden genehmigt und ein Vorstand von 21 Mitgliedern gewählt. Der Verein bezweckt die Förderung der wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder ohne jede Organisation für die verschiedenen Handelszweige und sanktioniert die Beschlüsse, die zum Austritt aus der Produktenbörse geführt haben.

w **Berlin,** 19. Jan. Die „Nat.-Ztg." enthält ein Schreiben aus Buenos Ayres, daß der deutsche Ingenieur Eduard Goltz, aus Stralsund gebürtig, in Pamtablanca, Argentinien, von einem Polizeisoldaten erschossen worden ist. Der Thäter ist verhaftet.

w **Danzig,** 19. Jan. Dem „Berl. Morgenbl." wird von hier gemeldet: Ein hiesiges polnisches Blatt meldet das Gerücht, Bischof Redner habe dem Abg. v. Wolszlegier die parlamentarische Thätigkeit untersagt.

w **Hamburg,** 19. Jan. In 5 Volksversammlungen wurde gestern die Lage des Streikes besprochen. Bei Sagebiel sprach Reichstagsabg. Pfannkuch. Er bestritt, daß die Sozialdemokratie zum Streike gehetzt habe; sie habe die Streikenden materiell und durch Ratschläge unterstützt. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, worin den Streikenden die Sympathie der Versammlung ausgesprochen und der bestimmten Erwartung Ausdruck gegeben wird, daß die Arbeitgeber alles aufbieten werden, die schwebenden Verhandlungen zu fördern, um einen beide Teile ehrenden Frieden herbeizuführen. Sollte wider Erwarten die Unternehmerschaft den Frieden wieder ablehnen, so sei sie für die Folgen ihrer Haltung selbst verantwortlich. — Dem „Vorwärts" wird von hier gemeldet, daß heute die Unterstützungen an die Streikenden in gewohnter Höhe ausgezahlt wurden.

w **Stuttgart,** 19. Jan. Der „Staatsanz." veröffentlicht den von der Regierung den Ständen zu erstattenden Vortrag betr. den Etat für 1897/99. Demgemäß beträgt der Staatsbedarf 74 760 000 M. für das erste und 73 897 000 M. für das zweite Jahr der Budgetperiode.

w **Bern,** 19. Jan. In seinem Bericht an die Bundesversammlung kommt der Bundesrat zu dem Beschluß, daß hinsichtlich der Arbeitszeit der Arbeiterinnen an Samstagen besondere gesetzliche Vorschriften nicht erlassen werden können. Ebenso könne der Bundesrat angesichts der eingegangenen Antworten verschiedener Industrie treibender Staaten dem Wunsche nach einer internationalen Regelung der Arbeiterschutzfrage, sowie nach Errichtung eines internationalen Bureaus für Arbeiterfragen z. Z. keine Folge geben.

w **Wien,** 19. Jan. Mehrtägige Störungen der Telephonlinien Wien-Prag und Wien-Berlin sind nach großen Schwierigkeiten vorläufig wieder gehoben. Der andauernde Nebel hatte die Vereisung der Drähte bis zu 20 cm anwachsen lassen, wodurch die stärksten Eisenträger und Holzsäulen zerbrachen.

w **Triest,** 19. Jan. Nach einem vom hiesigen "Piccolo" veröffentlichten Brief aus Massaua schiffte das österreichische Kriegsschiff „Kaiser Franz Josef", aus Bombay kommend, am 7. d. M. in Massaua 2 Matrosen aus, die wenige Stunden nach der Ausschiffung an der Beulenpest starben. (Frkf. Ztg.)

w **London,** 19. Jan. Die heutige Thronrede wird die üblichen Aeußerungen über die auswärtigen Beziehungen enthalten, den Schiedsvertrag mit den Vereinigten Staaten und den Vertrag mit Venezuela berühren und anerkennend der Erfolge der Sudanexpedition gedenken. Betr. Indien wird sie die Leiden erwähnen, von denen das Land jetzt heimgesucht wird und ferner auf die kürzliche Unterdrückung des Matabeleaufstandes hinweisen. Die Zahl der angekündigten Vorlagen ist weniger groß als sonst; hervorzuheben ist die Unterrichtsbill.

w **Petersburg,** 19. Jan. Gegenüber den im Auslande verbreiteten ungünstigen Nachrichten über das Befinden des Kaisers Nikolaus stellt die Russ. Telegr.-Agentur fest, daß der Kaiser sich bei bester Gesundheit befinde. (Siehe Rußland.)

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
Otto Reuß;
Verantwortlich für den Anzeigenteil: Ludwig Lorbach,
beide in Karlsruhe.

Viele Leser unseres Blattes werden schon aus der Weinkellerei der Weingroßhandlung von J. Thoman, Berlin, Leipzigerstraße 119/120 (früher Klosterstr. 99) Weine 2c. bezogen haben und mit der gelieferten Ware in Bezug auf Qualität und Preis zufrieden gewesen sein. Da Herr Thoman sich auch fernerhin mit Ankauf von Konkurs-Massen 2c. beschäftigt, so ist er auch jetzt in der Lage, wie aus heutiger „Bekanntmachung" hervorgeht, seinen Abnehmern günstigste Offerte zu machen.

Frankfurter Börsenkurse vom 18. Januar 1897.

Staatspapiere.

	In Proz. Pap.	G.
Dtschl. 4 Reichs-Anl. M.	103.80	103.80
„ 3½ „ „	—	103.70
„ 3 „ „	—	98.60
Preußen 4 konf. St.-A. „	103.90	103.80
„ 3½ „ „ „	—	103.70
„ 3 „ „ „	99.00	98.90
Baden 4 Obl. . . . fl.	—	101.70
„ 4 dto. . . . M.	102.50	102.40
„ 4 von 1886 . „	102.90	102.80
„ 3½ v. 1892 u. 94 „	—	103.30
Bayern 4 Abl.-N. . fl.	104.30	104.20
„ 4 „ Obl. M.	—	102.70
3½ Fürstl. Isenbg. und Bud.-Birstein v. 1887 „	—	92.90
Hamb. 3½ St.-Rente „	—	105.10
Gr. Hessen 4 Oblig. „	—	102.50
Württ. Obl. 4 v. 75, 80 „	—	102.50
„ „ 4 v. 81/83 „	—	102.50
„ „ 4 v. 85 u. 87 „	—	102.50
„ „ 4 v. 1891 „	—	104.90
„ „ 3½ v. 88 u. 89 „	—	—
„ „ 3½ v. 1893 „	—	102.60
„ „ 3½ v. 1894 „	102.60	102.50
Finnländ. 4 Obl. v. 82 M.	—	—
„ 4 „ „ 86 „	101.00	—
5 Griech. E.-B. v. 90 stfr.	—	—
Italien 5 Rente . Lr.	—	91.70
„ amrt. v. 89 S. III u. IV	88.50	88.40
Italiener 3 Rente Lr.	54.80	54.70
Oest. 4 Goldrente . fl.	104.60	104.50
„ 4 E.-B.-St. Sch. i. G.	—	—
„ 5¼ E.-B. Staatssch.	109.90	109.80
„ 4⅕ Silber-Rente fl.	—	87.00
„ 4⅕ Papierrente fl.	—	86.70
„ 5¼ E.-B.-Staatssch.	—	—
Portugiesen 4½ St.-A.	39.40	39.30
dto. v. 91 (Tab.-Anl.)	—	95.60
dto. 3% . . .	—	—
Rumänier 5 amort. Rente	—	100.80
Rumän. 4 am. Rt. v. 90	90.00	89.90
„ 4 „ „ v. 94	87.80	87.70
4 Russ. Staatsr. v. 94	—	66.40
3½ „ Goldanl. v. 94	—	100.00
4 „ Cons. v. 80 Rbl.	—	103.00
4 „ Goldanl. v. 1889	—	104.20
4 „ Gi.E.-B.S. 1,2,89	—	103.30
4 „ Goldanl. S. 3 v. 90	—	—
4 „ Cons. E.S. 3 v. 91	—	—
Schweden 3½ v. 80 M.	—	102.80
„ 3½ v. 90 „	—	—
„ 3½ v. 86 „	—	100.80
„ 3 . . „	—	98.30
Serbien 5 Goldrente	—	—
Span. 4 ausl. v. 188[illegible]	—	—
Ungarn 4 Goldrente fl.	104.00	103.90
4 Ungar. Staatsr. Kr.	100.30	100.20
4½ „ E.-A. 89 Goll.	—	105.20
4½ „ E.-A. 89 Silb.	86.90	86.80
Argentinier 5 Goldanl.	—	64.40
6% Chinesische Anleih.	—	110.50
5½ „ „	—	104.90
4 Egypt. unific.-Obl.	—	95.80
6 Mexiko Anleihe v. 88	95.20	95.10

Provinzial- und Gemeinde-Obligationen.

4 Frankft. a. M. Lit. R.	—	102.50
3 Baden-Bad. v. 1886	95.00	—
3½ Freibg. i. B. Obl. 88	—	—
4 Heidelberg v. 1890	—	—
3½ „ v. 1894	—	—
3 Karlsruhe von 1886	—	—
3 „ von 1889	—	96.80
3 „ von 1896	—	97.00
3½ Mannheim v. 1888	—	100.60
3½ „ v. 1895	—	—
5 Stadt Bukarest M.	—	—
5 dto. von 1888 „	—	—
4 dto. Lissabon v. 86	—	69.40
4 dto. Rom i. G. stl. ar. Serie II—VIII	—	89.90

Vollbezahlte Bank-Aktien.

Deutsche Rchsb. 3½%	—	157.70
Frankfrt. Bank M. 4%	—	—
Badische Bank . 4%	114.90	114.80
Basler Bankverein 5%	—	145.00
Darmstädter Bank 4%	—	160.70
Deutsche Bank . 4%	—	197.40
Deutsche Vereinsb. 4%	119.80	119.70
Disk.-Komm.-Ant. 4%	—	210.30
Dresdener Bank 4%	—	161.40
Berliner Hdlsges. 4%	—	—
Natlbk. f. Deutschl. 4%	—	—
Wiener Bankverein 5%	—	—
Mitteld. Kreditbk. 4%	—	117.60
Rheinische Kreditbk. 4%	138.00	137.90
Pfälzische Bank 4%	—	138.60
Süddeutsche Bank 4%	100.50	100.40
Württ. Notenbank 4%	—	105.20
„ Vereinsbk. 4%	—	149.00
Oesterr. Ungar. Bk. 5%	—	814.00
„ Kredit-Bk. 5%	—	—

Industrie-Aktien.

D. Metallpatronenfbr.	—	325.50
Köln-Rottweil. Pulver	—	251.50
Bad. Anil.-u. Soda-F. 5	429.00	—
Bad. Zuckerf. W. 5%	—	60.40
Ettlinger Spinnerei	128.00	—
Farbwerke (Höchst) 5	—	434.50
Karlsr. Maschinenb. 5	—	166.00
Masch. Fbr. Gritzner	—	266.20
Verein dtsch. Oelfbr. 4	—	100.00
Zellstoff-Fk. Waldhof 4	—	228.70

Aktien inländischer Transport-Anstalten.

Hessische Ludwigs 4%	—	119.00
Ludwigsh.-Bexbach 4%	—	243.50
Pfälzische Max 4½%	—	153.80
Pfälzische Nord 4%	130.00	129.90
Nordd. Lloyd . 4%	—	—

Aktien ausl. Transp.-Anst.

Oest.-Ung. Staatsb. 5	—	—
Oest. Südb. (Lomb.) 5	—	—
Gotthardb. 500 Fr. 4%	—	167.00
Ital. Mittelm. E. 500 4	—	—
Westsizilian. E.-B. 4%	—	57.70
La Veloce Bzg.-A. 5%	—	122.20
dto. St.-A. 4%	—	121.00

Prioritäts-Obligationen von Transport-Anstalten.

4 Pfälzische . . .	102.50	102.40
3½ Pfälzische . . .	101.50	101.40
3½ „ conv. .	—	100.70
5 Albrecht, steuerfrei	—	96.00
4 Böhm. Nord i. G.	100.80	—
4 Elisabeth, steuerpfl.	—	—
4 „ steuerfr.	—	103.40
4 Franz Josef „	—	85.60
4 Mähr. Grzb. v. 95	—	99.50
5 Oesterr. Nordw. M.	—	115.20
5 dto. Lit. B. fl.	94.70	94.60
5 Oesterr. Sd.-Lomb. fl.	—	109.50
4 „ „ M.	101.20	101.10
3 „ „ Fr.	—	75.60
5 „ Ungar. Stsb.	116.90	116.80
4 „ von 1883 M.	—	104.60
3 „ I.—VIII. Em.	95.80	95.70
3 „ IX. Emmiss.	—	92.80
3 „ von 1885 Fr.	—	92.10
3 „ Erg.-Netz „	94.70	94.60
4 Pilsen-Priesen stfr.	—	84.60
3 Prag-Dux v. 1896	89.80	89.70
3 Raab-Oed.-Ebenf. M.	—	85.50
3 dto. v. 1891	—	81.50
4 Rudolf steuerfrei fl.	—	—
4 „ (Salzgtb.) M.	—	103.30
5 Ungarische Galiz. fl.	—	93.50
4 Vorarlberger versch.	—	85.00
3 Ital. Eisb. S. A—E	55.30	55.20
3 Livornes. 2. C, D u. D²	—	58.20
3 Sildital. E.-B. (Mer.)	57.90	57.80
5 Toskanische C. Fr.	91.90	91.80
5 Westfic. E. v. 79 stfr.	—	97.00
5 dto. v. 80. .	—	—
4 Russ. Südwest E.-B.	103.30	103.20
4 Wladikawkas-Obl. .	103.30	103.20
Anatol. E.-B.-Obl. i. G.	—	85.50
Oéste de Minas E.-B.	—	83.10
6 Cal. Pac. III. Mortg.	—	97.00
5 California u. Oregon	—	102.90
6 Pac. of Mis. Konsol.	—	81.40
Southern Pac. of Calif.	—	107.00
West. N.-York P. I M.	105.80	105.20

Pfandbriefe.

4 Frkf. Hyp.-Kr. S. 27	—	103.60
3½ dto. S. 28 u. 30	—	99.70
4 Hamb. Hyp.-B. S. 141 —250 (unk. b. 1900)	—	101.90
4 Meininger Hypothbk.	—	100.00
4 dto. (unk. b. 1900)	—	102.50
3½ dto. (unk. b. 1905)	—	100.80
4 Pflz. Hyp. („ „ 1898)	—	100.50
3½ dto.	—	100.00
4 Preuß. C.-B.-K. 1890 (unk. b. 1900)	—	102.30
3½ „ C.-B.-K. 1886	—	98.50
3½ „ C.-B.-K. 1889	—	98.50
3½ dto. 94 unk. b. 1900	99.00	98.90
3½ dto. 96 „ „ 1906	101.00	—
4 Preuß. Hyp.-Verl.-A.	—	99.50
4 „ gar. b. 1905	102.40	102.30
3½ „ Verf.-A.-G. .	—	97.20
3½ „ Pfdbr.-Bk. E. XVII unk. b. 1905	—	101.00
4 Rh. Hyp. unk. b. 1897	100.20	100.10
4 dto. „ „ 1902	—	103.10
3½ dto.	—	98.80
3½ dto. S. 69—74	—	99.80
4 Südd. B.-Kr. Mnch.	—	100.00
4 Württ. Hypothekenb.	—	100.50
4 Allg. Elektr.-G.-Obl.	—	102.50
5 Dortmund Union.-H.	—	—
4 Eisenbahnrentenbk.	—	101.50
3½ Kleinb.-Obl. Preuß. Pfd.-Bk. unk. b. 1904	—	101.00

Verzinsliche Lose

4 Badische Prämien .	—	149.30
4 Bayerische Prämien	—	156.50
5 Donauregulierung .	—	117.30
3½ Köln-Mindener	140.80	140.70
4 Meininger Präm.-Pf.	—	136.90
3 Oldenburger . .	—	129.50
4 Oesterr. v. 1854 .	—	145.00
5 „ v. 1860 .	—	129.00
3 Türken Fr. 400. .	—	34.30

Papier-Geld.

Amer. (Fl. Grenb.) p. D.	—	4.16
Franz. Banknoten. .	—	80.8[illegible]
Oesterr. 100 fl. Bankn.	—	170.05
Russ. Banknot. p. S. R.	—	—

Unverzinsliche Lose.

Ansbach-Gunzh. fl. 7	—	40.80
Augsburger . . fl. 7	24.80	24.70
Braunschweig Thlr. 20	—	108.90
Finnländer Thlr. 10	—	—
Freiburg (Kant.) Fr. 15	—	27.90
Mailänder . Fr. 45	40.00	39.90
„ . Fr. 10	—	13.30
Meininger . fl. 7	22.40	22.30
Neuchateler . Fr. 10	20.50	[illegible]
Oesterr. v. 1864 fl. 100	—	328.80
„ Kred. v. 58 „ 100	—	334.50
Pappenh. Gräfl. „ 7	—	23.90
Schwedische Thlr. 10	—	135.00
Ungar. Staats fl. 100	—	269.80
Venetianer Lire 30	—	22.80

Geld-Sorten.

20 Franken-Stücke .	16.19	16.15
Dollars in Gold. .	4.20	4.16
Engl. Sovereigns .	20.38	20.33

Verfallene Coupons.

Amerik. Unit. St.-Obl. . .		4.16½
dto. Eisenbahn		4.16½
Belgische	Fr. 100	80.60
Franz.	„ 100	80.70
Oesterr. ö. W. . .	fl. 100	169.70

Reichsbank-Diskonto . . 5%

Wechsel.

Amsterdam	fl. 100	168.60	—
Antwerpen-Brüssel . . .	Fr. 100	80.80	—
Italien	Lire 100	76.975	—
London	Lstr. 1	20.33[illegible]	20.42B 20.39G
New-York (3 Tage Sicht) .	D. 100	—	—
Paris	Fr. 100	80.80	—
Schwz. Bkplätze	Fr. 100	80.50	—
Wien ö. W.	fl. 100	170.00	—
dto.	m. S.	—	—

Prämien-Erklärung: 26. Jan. 23. Febr. Abrechnungstage: 28. Jan. 25. Febr.

3 Russische Gold-Anl. v. 1896 (stfr.) M. 2020/4040	92.30 B 20 G	
4 Mitteld. Bodenkredit (Greiz) Hyp.-Pfandbr.	104 bez.	
4 Northern Pacific Vorzugsactien	32.90 bez.	
4 Alla. Elektr. (Berlin) Obl. v. 1896. Ser. 3	102.50 bez.	

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Todesanzeige.

Nach langem schwerem Leiden verschied unser treuer, langjähriger Diener,

August Klausmann.

Wir werden demselben ein dauerndes Andenken bewahren. 449.1

Akad. Verbindung „Sinapia“.
I. A.
G. Brück XXX.

Stammholzversteigerung.

Das Hofforst- und Jagdamt Friedrichsthal versteigert

Donnerstag den 28. Januar
aus Abth. Ob. Palissadenschlag:
404 Forken I.—IV. Kl. 452.2.1

Samstag den 30. Januar
aus den Abth. Ob. u. Unt. Palissadenschlag, Speierlache, Ob. Hedrechtsuhl, Losenzipfel und umliegenden Abtheilungen:
369 Eichen I.—V. Kl., 155 Roth- und Hainbuchen.

Zusammenkunft jeden Tag früh 9 Uhr im Rathaus in Friedrichsthal.

Holzversteigerung.

Das Hofforst- u. Jagdamt Friedrichsthal versteigert:

Samstag den 23. Januar,
früh 9½ Uhr, an der Kanalbrücke am Blankenloch-Leopoldshafener Weg aus den Abth. Scheckenacker, Tabakschlag, Heuserhüttenschlag und Unt. Lindacker, 10 fichtene Gerüststangen, 78 Leiterstangen, 602 Hopfenstangen II.—IV. Kl., 650 Rebstecken.

13 Ster buchenes, 51 Ster eichenes, 658 Ster forlenes Prügelholz I. und II. Kl., 2625 buchene und eichene Wellen.

Montag den 25. Januar,
früh 9½ Uhr, beim Weinfuhlmagazin, aus den Abth. Junge Eichen u. Weinfuhl, 400 forlene, 56 fichtene Gerüst- und Leiterstangen, 662 Ster forlenes Prügelholz I. und II. Kl. 453.2.1

Stammholzversteigerung.

Die Gemeinde **Urloffen** versteigert am

Dienstag den 26. Januar d. J.,
Vormittags 10 Uhr

anfangend, im diesjährigen Holzschlag Nr. 15 nachgenannte Holzsorten:

118 Stück Eichen I., II, III. und IV. Klasse von 0,40—3,40 Festmeter Inhalt, 35 Stück Eschen, 136 Stück Erlen, wozu Steigerungsliebhaber höflichst eingeladen werden. 411.2.1

Urloffen, den 15. Januar 1897.

Der Gemeinderath.
Späth, Bürgermstr.

Stipendien-Vergebung

Aus der **Regine Nathan Levis-Stipendien-Stiftung** für unbemittelte, gut beleumundete **badisch**-jüdische Studierende sind im März d. J. 2 Stipendien von je 130 M. zu vergeben.

Die Bewerber haben ihre Gesuche unter Vorlage ihrer Studienzeugnisse, sowie eines Armuths- und eines Leumundszeugnisses bis längstens **10. Februar d. J.** hierher einzureichen.

Karlsruhe, 18. Januar 1897.

Synagogenrat.
Seeligmann. 431.2.1

Amtliche Bekanntmachungen.

(Aus dem „Karlsr. Tagbl.“)

Die Ausstellung von Leumundszeugnissen betreffend.

Gesuche um Ausstellung von Leumundszeugnissen durch den Polizeiinspektor können außer bei dem letzteren selbst auch auf den Polizeistationen angebracht werden.

Die vom Polizeiinspektor auf ein solches Gesuch ausgestellten Leumundszeugnisse können in den Polizeistationslokalen auch abgeholt werden.

Karlsruhe, den 12. Januar 1897.

Großh. Bezirksamt.
v. Bodman.

Die Ausstellung von Fischerkarten betreffend.

Die Bürgermeisterämter der Landorte des Bezirks werden beauftragt, das Verzeichnis über die im Jahre 1896 ausgestellten Fischerkarten im Original **bis spätestens Ende dieses Monats** anher vorzulegen.

Dabei machen wir dieselben auf unsere Verfügung vom 17. Oktober 1890 Nr. 94 959 — Amtsblatt Nr. 289, I. — aufmerksam.

Falls keine Fischerkarten ausgestellt wurden, ist Fehlanzeige zu erstatten.

Karlsruhe, den 15. Januar 1897.

Großh. Bezirksamt.
Dr. Kiefer.

Eintrachtssaal Karlsruhe

Freitag den 29. und **Samstag den 30. Jan.**, ½8 Uhr Abends, nur

2 sensationelle Vorstellungen

der berühmten Künstler 4.9 10.1

HOMES & Mdme. FEY

u. Frl. Davenport.

Neue, unergründliche, hier noch nie gezeigte Experimente auf dem Gebiete der Psychologie, Willensbeeinflussung, Anamnestik, Spiritualismus, Gedankenübertragung und Somnambulismus.

Zum 1. Male in Europa:
Das Seh-Medium.

Preise der Plätze: Nummerirter Sitz 2,50, 2 u. 1 Mk., Entrée und Gallerie 75 Pfg. Vorverkauf von heute an in der Musikalienhandlung **Dr. Doert.**

Bekanntmachung.

Nachdem ich mein gesammtes Waarenlager nach der **Leipzigerstrasse 119/20** verlegt habe, bringe ich hiermit zur Anzeige, dass ich mich nach wie vor auch mit **Gelegenheitskäufen** (Lombarden, Concurs-Massen etc.) befasse.

Aus meinen umfangreichen Weinbeständen, darunter die von mir übernommenen Läger zweier kürzlich aufgelösten Firmen offerire ich nachstehende besten Marken zu ausnahmsweise billigen Preisen u. z.

Deutsche und französische

Champagner.

		¹/₁ Fl.
Bowlensect	M.	—.80
Cremant blanc	„	1.25
Sparkling Hock	„	1.50
Extra dry	„	1.70
Matheus Müller	„	2.30
E. Mercier & Co.	„	2.75
Thiercelin carte d'or	„	3.—
Arthur Roederer carte blanche	„	4.60
Deutz & Geldermann	„	5.20
Louis Roederer, carte Schreider	„	5.00

Bordeaux-Weine.

Chât. Lanessan	M.	—.85
„ Leoville	„	1.—
„ Malescot	„	1.15
„ Palmer Margaux (1887er)	„	1.35
„ Mouton d'Armailhacq	„	1.60
„ Branc Mouton	„	1.85
„ Lafite	„	2.25
„ Montrose (Schlossbrand)	„	2.50
„ Milon Duhard (Schloss-Abzug)	„	3.—
„ Mouton d'Armailhacq (Schloss-Abzug)	„	3.25
„ Haut Sauternes (weiss)	„	1.50
„ d'Yquem (weiss)	„	2.—

Mosel-Weine.

Gracher	M.	—.65
Pisporter Goldtröpfchen	„	—.75
Josephshöfer	„	—.85
Zeltinger Schlossberg	„	1.30
Bernoasteler Pfaffenberg	„	1.65
Gracher Himmelreich	„	2.—

Rhein-Weine.

		¹/₁ Fl.
Geisenheimer	M.	—.75
Hochheimer	„	—.95
Oppenheimer Goldberg	„	1.15
Rüdesheimer Auslese	„	1.30
Rüdesheimer Berg	„	1.50
Forster Auslese	„	1.65
Stephansberger Auslese	„	1.80
Johannisberger Auslese 1889er	„	2.15
Erbacher Honigberg 1886er	„	3.25

Franz. Cognac.

Jules Aumon & Co. **	M.	2.—
do. ***	„	2.75
Tricoche & Co. ***	„	3.50
J. Prunier & Co.	„	3.75
Bisquit Dubouche & Co. fine Champagne	„	4.50
Jas. Hennessy & Co. 1878er	„	5.—

Rum und Arac.

Feiner alter Rum	M.	1.50
Old Jamaica-Rum extra Qualité	„	2.50
□ Old Jamaica-Rum	„	3.25
Arac de Goa	„	1.50
Arac de Batavia	„	2.50

Diverse Weine.

Feiner alter Portwein	M.	1.15
Fine old Portwine superf. Qualité	„	1.50
Ganz feiner alter Portwein	„	1.80
Feiner alter Sherry	„	1.15
Fine old Xeres	„	1.50
Ganz feiner alter Sherry	„	1.80
Feiner alter Madeira	„	1.15
Feinster alter Madeira	„	1.80
Ganz feiner alter Malaga	„	1.80
Burgunder (roth)	„	1.50

Für tadellose Waare leiste Garantie.

Flaschen, Kisten, Körbe und Verpackung werden nicht berechnet. Weniger als 12 Flaschen werden nicht abgegeben. Vorhereinsendung des Betrages oder Nachnahme. 378.1

Bestellungen sind zu richten an: **J. Thoman**

Telephon-Amt I. 494. **Berlin W., Leipzigerstr. 119|120.**

Die hervorragenden diätetischen Eigenschaften des Cacao werden ständig mehr geschätzt. Im Gegensatz zu Kaffee und Thee ist er nicht nur ein stimulirendes Getränk, sondern auch ein Nährmittel und hat den grossen Vortheil, keine nachtheilige Wirkung zu hinterlassen. Deshalb ist van Houten's Cacao, als anerkannt guter Cacao, allgemein im Gebrauch. Van Houten's Verfahren macht deren Cacao besonders wohlschmeckend, leicht verdaulich und bringt das köstliche Aroma zur höchsten Entwicklung. Er ist ein excellent fleischerzeugendes, nervenstärkendes und erfrischendes, nahrhaftes Getränk. Ein Vergleich mit anderen Cacao's wird Jeden von der Vorzüglichkeit des Van Houten's Cacao überzeugen.

209 2.1

Puro = Fleischsaft

408.—1

enthält **20%** Fleisch-Eiweiss.

Fleischsaft PURO höchstmöglich concentrirteste flüssige Form von **Saft aus bestem Ochsenfleisch.**

Fleischsaft PURO ist 40 mal nahrhafter (laut Analyse) als amerikanischer „Meat Juice“.

Fleischsaft PURO verleiht allen Kranken und Schwachen Widerstandsfähigkeit und neue Lebenskraft.

Fleischsaft PURO verhindert im Gebrauch (laut Anweisung) bei **Frauen in anderen Umständen** Uebelkeit u. schädliches Erbrechen, hebt d. allg. Wohlbefinden u. kräftigt deren Kinder.

Fleischsaft PURO ist zum Preise von M. 2,50 per Flasche erhältlich in Apotheken und Drogerien.

Puro Medic.-chem. Institut

Gedeutet in den meisten Staaten der Welt. Analysirt von Geh. Hofrath Prof. Dr. R. Fresenius, Wiesbaden.

Wagen-Verkauf.

Ein 4sitziges Break, wenig gebraucht, steht zum Verkauf. 154.—2

Karlstraße 31.

Wer Theilhaber sucht oder **Geschäftsverkauf** beabsichtigt, verlange meine **ausführlichen Prospecte.** 160 **Wilhelm Hirsch, Mannheim.**

Die Leser werden freundlichst gebeten, bei allen Anfragen und Bestellungen, die sie auf Grund von Anzeigen in der **„Badischen Landeszeitung“** machen, sich stets auf die Zeitung zu beziehen.

4408.26.14

SECT Matheus Müller

Hoflieferant

Eltville a. Rh.

Zu beziehen durch die Weinhandlungen.

W. Burkart, 3230.—5
Weinhandlung,
Werderplatz 49,

Weiss- u. Rothweine

in Gebinden von 20 Liter an.

Deutschen u. französ. Cognac.
Kirschen- u. Zwetschgenwasser etc.
Schaumweine, erste Marken.

Schaumwein-Kellerei von **Deinhard & Co.** gegründet 1794 **Coblenz.**

Versand der vorzüglichen ***1893r Cuvées*** *Besonders empfohlen:* *Cabinet-Sekt* *Rothlack Extra* *mittelsüss, herb oder extra dry.*

321.26.1

Deutsche Schreibfedern

aus der Fabrik von 327.26.1

Brause & Co. in Iserlohn.

Unübertroffen! — Den besten englischen ebenbürtig.
Zu beziehen durch die Schreibwaarenhandlungen.

KALODERMA-SEIFE
Neu! Ausgezeichnet durch Milde und lieblichen Geruch, bildet die Ergänzung bei dem Gebrauche des Hautverschönerungsmittels
Kaloderma (Glycerin-Honiggelée)
Jndische Blumenseife
hochfeine Toiletteseife 50 Pf. pr. St.
PALMITIN-SEIFE
neutral-gut-billig
für Familien und Kinder. Das Stück à 25 Pfg. in allen Städten des Jn- und Auslandes.
F. WOLFF & SOHN. Karlsruhe.
Filiale: WIEN I., Köllnerhofgasse 6.
200.46.2

Zu beziehen durch alle Wein-Gross-Handlungen

„Kupferberg Gold“

Chr. Adt. Kupferberg & Co., Mainz
Grossherzoglich Hessische und Königlich Bayerische Hoflieferanten.

61.104.5

Um 25000 Mark

ist zu verkaufen und kann sogleich übernommen werden **ein großes, dreistöckiges Wohnhaus** mit 2 geräumigen Sälen, 19 Zimmern u. s. w. und Hofraithe. — Dasselbe befindet sich an der sehr lebhaft begangenen Hauptstraße eines stark besuchten und wohlhabenden Luftkurstädtchens — Eisenbahnstation — mit großem Fremdenverkehr und würde sich besonders zum Betriebe eines kaufmännischen oder gewerblichen Geschäftes, für eine Großbrauerei eignen, auch zur Vermiethung der 2 Stockwerke an Familien. 386.3.1

Auskunft durch
Albert Rotzinger in **Freiburg i. B.**

Graue Haare

(Kopf- u. Baarthaare) erhalten eine schöne, echte, nicht schmutzende, helle od. dunkle Naturfarbe durch unser garantirt unschädliches Original-Präparat „Crinin“. (Gesetzlich geschützt.) Preis 3 Mk. **Funks & Co.,** Parfumerie hygiénique, **Berlin S.,** Prinzessinnenstrasse **8.** 58.10.5

Steinpresse,

neu und noch nicht benützt, stark gebaut, von Groke, Merseburg, wegen Veränderung billigst abzugeben. Angebote befördert die Expedition dieses Blattes unter Nr. 412.2.1

Für Karlsruhe

wird eine kaufmännische Persönlichkeit gesucht, welche mit dem Submissionsverfahren vertraut ist und den Besuch der am Platze stattfindenden öffentlichen Termine, behufs Notirung der Resultate, übernehmen kann. Honorirung für jeden Termin. Nur zuverlässig arbeitende Herren belieben Bewerbungen u. **J. O. 5269** an **Rudolf Mosse, Berlin S. W.,** zu richten. 379 2.1

Für das **Großherzogthum Baden** wird von einer älteren, sehr gut eingeführten

Lebens- und Unfall-Versicherungs-Gesellschaft

ein tüchtiger

Reisebeamter

mit fixem Gehalt, hohen Diäten u. Provisionsantheil pr. 1. Februar **zu engagiren gesucht.** Bewerber, welche mit Erfolg gearbeitet und auf eine sichere Existenz reflectiren, wollen gefl. Offerten unter **O. 231** an **Haasenstein & Vogler,** A.-G., **Karlsruhe,** einreichen. 422.2.1

Bahn-Ingenieure

gesucht, die mit Tracierung und Bau von Klein- und Straßenbahnen vertraut sind. Offerten (Lebensl., Zeugn., Gehaltsanspr.) an 405.3.1

E.-A. vormals Schuckert & Co.,
Nürnberg, Abteilung Bahnbau.

Für pensionirte Beamte u. d.

In **Lahr** ist in schönster und preiswerthester Lage, gegenüber dem Stadtpark, Station der Straßenbahn, ein 2stöckiges 395.2.1

Wohnhaus

mit Garten feil. Preis M. 12,000 mit kleiner Anzahlung. Näheres durch Agent **Leopold Schulz** in **Lahr.**

Kostenfreie 187 28.1

Stellenvermittelung vom Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig.

Jede Woche erscheinen 2 Listen mit 500 offenen Stellen jeder Art aus allen Gegenden Deutschlands.

Geschäftsstelle **Nürnberg,** Adlerstr. 12

Großherzogl. Hoftheater zu Karlsruhe.

Dienstag den 19. Januar 1897.
Abteilung C (Graue Abonnem.-Karten).
29. Abonnements-Vorstellung.

Die lustigen Weiber von Windsor.

Komisch-phantastische Oper in 3 Akten, mit Tanz, nach Shakespeare's gleichnamigem Lustspiel gedichtet von H. S. Mosenthal. Musik von Otto Nicolai.

Personen:

Sir John Fallstaff,	H. Wiegand.
Herr Fluth, } Bürger von Windsor,	H. Pokorny.
Herr Reich, }	H. Nebe.
Fenton,	H. Rosenberg.
Junker Spärlich,	H. Bussard.
Doktor Cajus,	H. W. Beyer.
Frau Fluth,	Frl. Mailhac.
Frau Reich,	Frl. Tomschik.
Jungfer Anna Reich,	Frl. Noë.
Der Kellner im Gasthaus zum Hosenbande,	H. Benedict.
Erster } Bürger,	H. Blum.
Zweiter }	H. Kreymann.
Dritter }	H. Bösch.
Ein Schneider,	H. Hallego.

Anfang: ½7 Uhr. Ende: nach 9 Uhr.
Mittel-Preise.

Druck und Verlag von Otto Reutz, Hirschstraße Nr. 9 in Karlsruhe.